

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 4 / DEZEMBER 2014
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

Lokale Gouvernanz Für ein besseres Leben vor Ort

**Bulgarien: Vielen Roma
bleibt nur die Migration**

**Afghanistan: Wie weiter
nach dem Truppenrückzug?**

Inhalt

DOSSIER



6 **LOKALE GOUVERNANZ** **Mehr Macht den Menschen vor Ort**

Die gute Regierungsführung auf lokaler Ebene nimmt in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit ein

9 **Wenn Arme mehr regieren**

In Bangladesch zeitigt ein 2006 lanciertes Programm zur Ermächtigung armer Bevölkerungskreise konkrete Resultate

12 **«Das verfluchte Gesetz»**

Ein radikaler Dezentralisierungsprozess verhilft Boliviens Gemeinden zu neuen Möglichkeiten, stellt sie aber auch vor grosse Herausforderungen

14 **Sich einbringen und vertrauen lernen**

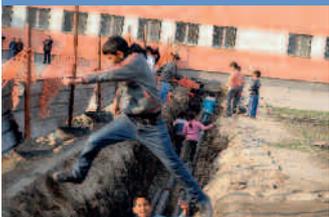
Die Schweiz unterstützt in Albanien den Aufbau neuer politischer und rechtlicher Strukturen auch auf Gemeindeebene

15 **Es geht um mehr als Transparenz**

Der südafrikanische Soziologe und Gouvernanz-Spezialist Colm Allan im Interview

17 **Facts & Figures**

HORIZONTE



18 **Roma als Verlierer der Demokratisierung**

Für Bulgariens Roma hat auch der EU-Beitritt zu keiner Verbesserung ihrer prekären Situation geführt – viele emigrieren

21 **Aus dem Alltag von ...**

Mattia Poretti, Leiter des Schweizer Erweiterungsbeitrags-Büros in Sofia

22 **Notfallpatientin Hoffnung**

Anton Andonov über volle Regale und fehlende Hoffnung in seiner Heimat

DEZA



23 **Westafrikas migrierende Kinder**

Mehrere Zehntausend Minderjährige verlassen Jahr für Jahr ihr Zuhause und riskieren dabei Kopf und Kragen

24 **Rückkehr nach Tsunami und Krieg**

Im Norden Sri Lankas kehren viele Fischerfamilien zurück in ihr Dorf – die DEZA unterstützt sie beim Wiederaufbau

FORUM



27 **Wie weiter in Afghanistan?**

Marianne Huber, Leiterin des DEZA-Koordinationsbüros in Kabul, über Chancen und Gefahren nach dem Abzug der internationalen Truppen in Afghanistan

30 **Der alte Harsch und mein «stummer» Filzschuh**

Carte blanche: Die Mongolin Gangaamaa Purevdorj Delgerinkhen erzählt, wie ihr Weisheit zugeflüstert wurde

KULTUR



31 **Mal kritisch, mal spöttisch, mal witzig**

Entwicklungshilfe im Fokus von Karikaturisten aus der Schweiz und Afrika

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 26 Einblick DEZA
- 34 Service
- 35 Fernsucht mit Maja Hürst
- 35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Vom Jungfrau-Marathon und vom Kennenlernen

Wenn Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, diese Ausgabe der Zeitschrift «Eine Welt» in den Händen halten, bin ich bereits ein paar Wochen als DEZA-Direktor im Amt. Der frühe Abgabetermin für diese Zeilen bringt es mit sich, dass ich im Moment ihres Entstehens, über das rückenschonende Stehpult in meinem Büro auf der Schweizer Botschaft in Washington hinweg, auf die in der sengenden Sonne schmorende Kreuzung zwischen 29. Strasse und Cathedral Avenue und, bildlich gesprochen, in eine erst in Umrissen – aber immerhin – erkennbare berufliche Zukunft blicke.

Was ich über den Arbeitsalltag eines DEZA-Direktors weiss: Er ist ausgedehnt und reichhaltig. Auch bin ich mit den wesentlichen Aufgaben und Herausforderungen der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) vertraut. Und wenn in gewissen Zeitungen seinerzeit zu lesen war, dass meine Wahl «Ängste schüre», so kann ich zwar getrost vermelden, dass diese Wirkung bei mir selber nicht eintrat. Jedoch bin ich mir bewusst, dass meine Lernkurve in den ersten Monaten dem Höhenprofil des Jungfrau-Marathons entsprechen wird.

Selber bringe ich 26 Jahre als Diplomat, juristische Bildung und Berufstätigkeit in zwei Rechtskreisen, Verhandlungserfahrung und einschlägiges Fachwissen aus der Zeit als Exekutivdirektor bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie meiner jüngsten Lehrtätigkeit an der Duke Law School mit.

Sie werden verstehen, dass ich es angesichts meines aktuellen Standorts – auf der Lernkurve und am erwähnten Stehpult zwischen Washingtoner Zoo und National Cathedral – für etwas vermessen hielte, schon Monate im Voraus meine Prioritäten als DEZA-Direktor zu verkünden. Absehbar ist allerdings, dass ein Schwerpunkt zunächst darin bestehen wird, die Akteure und Partner der IZA kennenzulernen. Das

sind in erster Linie meine zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für den ausgezeichneten Ruf der DEZA verantwortlich sind. Dazu gehören aber auch die vielen interessierten Kreise in der übrigen Verwaltung, der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft. Auf all diese beruflichen und persönlichen Begegnungen freue ich mich ganz besonders.

Sodann will es die zyklische Natur unserer IZA, dass ich mich von Beginn weg prioritär mit strategischen Fragen der «Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2017-20» befassen werde. Wie mir auch meine amerikanischen Berufskollegen bestätigen, wird die Wirksamkeit und Integrität der Arbeit der DEZA international überaus geschätzt. Das spricht für ein weitgehendes Beibehalten des eingeschlagenen Kurses. Andererseits bietet die Erarbeitung einer konzeptionellen Grundlage auch die Gelegenheit für eine Standortbestimmung und, wo angezeigt, eine Anpassung an neue Umstände.

Ich erachte es als grosses Privileg, diese wichtigen und spannenden Aufgaben in Angriff nehmen zu dürfen und danke dem Bundesrat für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

*Manuel Sager
Direktor der DEZA*

Periskop



Naitali Hilger / laif

Unscheinbare Dreckschleudern

(bf) Nicht Autos oder Lastwagen, sondern Mopeds mit Zwei-Takt-Motoren sind in vielen Städten Asiens, Afrikas und Südeuropas die grösste Quelle für Feinstaub und andere Luftschadstoffe. Und dies, obwohl die Dreckschleudern auf zwei Rädern nur einen Bruchteil des Verkehrsaufkommens ausmachen. Zu diesem erstaunlichen Resultat kommt die Studie eines international zusammengesetzten Forscherteams unter der Leitung des Schweizer Paul Scherrer Instituts. Gründe für die hohen Emissionen sind die Eigenschaften der in Zwei-Takt-Motoren ablaufenden Verbrennung sowie die bisher noch zu milden Emissionsvorschriften für Mopeds. Insbesondere Feldmessungen in China entlarven die zweirädrigen Schadstoffschleudern: In der Stadt Guangzhou sind die Konzentrationen von gesundheitsschädigenden aromatischen Kohlenwasserstoffen in der Luft nach dem Verbot von Zwei-Takt-Mopeds im Jahr 2005 um mehr als 80 Prozent gefallen. Nur 60 Kilometer weiter in Dongguan, wo das Verbot noch nicht gilt, misst man heute höhere Aromaten-Konzentrationen als in Guangzhou.

www.psi.ch (mopeds)

Ameisen-Wetterbericht

(jls) Die Wettervorhersage ist für Ackerbauern und Viehzüchter, insbesondere in Zeiten des Klimawandels, von entscheidender Bedeutung. Ein Pilotprojekt in Tansania soll den Zugang zu Wetterinformationen auf dem Land verbessern indem es traditionelle und moderne Prognosemethoden verbindet. Umgesetzt wird es von der Tanzania Meteorological Agency (TMA) zusammen mit

einer lokalen NGO und dem Internationalen Institut für Umwelt und Entwicklung (IIED). Die Fachleute vergleichen die offiziellen Wettervorhersagen mit den auf überliefertem Wissen beruhenden Vorhersagen der Bevölkerung: Die Bauern aus Sakala im Bezirk Ngorongoro beobachten dazu etwa das Verhalten Roter Ameisen, die Mangoblüte, die Termitenwanderung sowie die Himmelsfarbe. «Während der

drei letzten Jahreszeiten konnten wir feststellen, dass die Vorhersagen zu über 80 Prozent eintrafen», stellt Isaac Yonah von der TMA fest. Ziel des Projekts ist, vereinheitlichte und den Bedürfnissen der Bauern angepasste Prognosen zu produzieren.

www.iied.org (climate forecast)

DNA der Tsetsefliege entschlüsselt

(jls) Ein internationales Team von 146 Forschern aus 18 Ländern hat den genetischen Code der Tsetsefliege entschlüsselt. Sie überträgt zwei von Parasiten ausgelöste, potenziell tödliche Krankheiten: die Afrikanische Trypanosomiasis – bekannt als Schlafkrankheit –



Philippe Blanchet / hermitz / laif

sowie Nagana, die Trypanosomiasis beim Vieh. Die Wissenschaftler hoffen, dass sich auf dieser Grundlage Strategien zur Ausrottung der Tsetsefliege entwickeln lassen. Zurzeit gibt es keinen Impfstoff, weder für die Menschen noch für das Vieh. Die Bekämpfung des Krankheitsüberträgers bleibt das einzige Mittel, deren Verbreitung zu stoppen. «Keine komplette Genomkarte der Tsetsefliege zu haben, erschwerte es uns sehr, ihre Schwachstellen zu identifizieren», sagt die Epidemiologie-Professorin und Mitautorin der Studie Serap Aksoy von der Yale University. Aufgrund der sehr speziellen Biologie des Insekts, aber auch wegen fehlender Mittel für die Trypanosomiasis-Forschung, dauerte die Genomentschlüsselung ganze zehn Jahre.

www.who.org (Tsetse Genome)

Alarm für gefährdete Aktivisten

(jls) In zahlreichen Ländern laufen Menschenrechts-Aktivistinnen und -Aktivisten ständig Gefahr, eingesperrt, entführt oder gefoltert zu werden. Passiert dies, ist ein rasch reagierendes Netzwerk überlebenswichtig. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat dafür im vergangenen Mai die Panic-Button-App lanciert, mit der Aktivistinnen und Aktivisten unauffällig Kollegen alarmieren können. Das Handy des Nutzers wird so zu einer diskreten Alarmglocke. Im Notfall genügt ein Tastendruck, um ein Notfall-SMS an drei vorbestimmte Empfänger auszulösen. Mehrere Monate lang wurde die App in Lateinamerika, auf den Philippinen und in Ostafrika getestet. «Es ist beängstigend zu erfahren, dass ein Aktivist seit Monaten festgehalten wird, ohne dass jemand davon weiss oder sich für seine Freilassung einsetzt. Mit der Panic-Button-App hoffen wir, dass unrechtmässige Inhaftierungen im Sudan nicht mehr unbemerkt bleiben», sagt der sudanesische Aktivist Ibrahim Alsafi, der überzeugt ist, dass alle durch ihre Arbeit gefährdeten Personen die App auf ihr Telefon laden sollten.

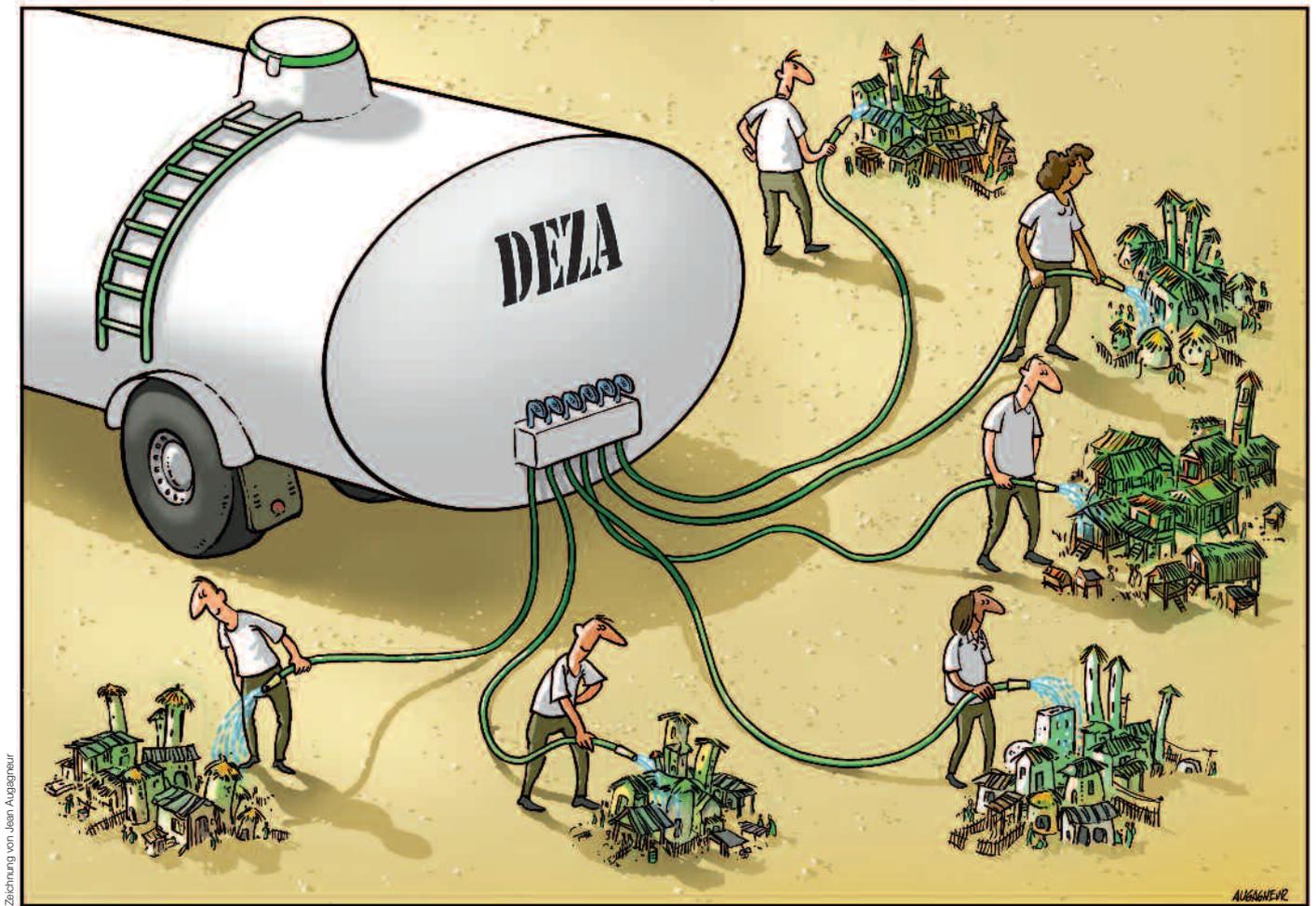
www.panicbutton.io

Anständig telefonieren

(mw) In jedem Mobiltelefon stecken wertvolle und seltene Metalle wie beispielsweise



fairphone.com



Zeichnung von Jean Auggagneur

AUGGAGNEUR

Gold, Silber, Indium, Thulium oder Lutetium. Viele dieser Rohstoffe werden in Entwicklungsländern abgebaut – unter schlechten Arbeitsbedingungen und oftmals mit desaströsen Folgen für die Umwelt. 2014 brachte deshalb eine holländische Firma das Fairphone auf den Markt, ein Smartphone, dessen Rohstoffe aus möglichst fairen Quellen stammen. Auch dieses Handy kann zwar noch nicht für alle verwendeten Materialien die perfekte Lieferkette bieten. Die Produktionsfirma steht jedoch zu den bestehenden Mankos, und im Gegensatz zu anderen Herstellern bietet sie auf ihrer Homepage völlige Transparenz in Bezug auf den weiteren Verbesserungsbedarf. Das Design des Geräts

ist auf Langlebigkeit ausgerichtet. Ein Reparatur- und Recyclingprogramm soll zusätzlich dafür sorgen, dass das Gerät eine möglichst gute Bilanz punkto Nachhaltigkeit aufweist. Auch das ist eher eine Ausnahme in diesem schnelllebigen Markt.
www.fairphone.com

Deutlich gestiegene Lebenserwartung

(bf) In Industrieländern geborene Jungen leben voraussichtlich 16 Jahre länger als ihre Altersgenossen in Entwicklungsländern. Bei Mädchen liegt der Unterschied sogar drei Jahre höher bei 19 Jahren. Dies geht aus der aktuellen Weltgesundheitsstatistik 2014 der Weltgesundheitsorganisation WHO



Tom Koene / faif

hervor. Zu einer geringeren Lebenserwartung insbesondere in Afrika südlich der Sahara tragen unter anderem verschiedene Infektionskrankheiten wie Aids, Tuberkulose und Malaria

sowie die anhaltend hohe Kindersterblichkeit bei. Weltweit ist die Lebenserwartung seit 1990 erfreulicherweise deutlich gestiegen – im Jahr 2012 geborene Kinder werden durchschnittlich sechs Jahre älter als noch solche, die 1990 geboren wurden. Mädchen werden 73 Jahre alt, Jungen 68 Jahre. Die grössten Fortschritte seit 1990 haben die weniger entwickelten Länder erzielt: Die durchschnittliche Lebenserwartung ist dort um neun Jahre gestiegen – auf 63 Jahre für 2012 geborene Mädchen und 60 Jahre für Buben.
www.who.int (world health statistics 2014)

Mehr Macht den Menschen vor Ort

Demokratisierung, Dezentralisierung und gute Regierungsführung – diese drei Zielsetzungen spielen eine bedeutende Rolle in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit einiger Zeit ist dabei die Förderung von guter Gouvernanz auf lokaler Ebene immer wichtiger geworden. Von Mirella Wepf.



Markus Kirchgesner / laif

Vielorts ermöglichen sogenannte One Stop Shops wie hier in Java, Indonesien, den Bürgern, alle notwendigen bürokratischen Schritte – beispielsweise bei einer Firmengründung – an einem einzigen Schalter zu erledigen.

Ob Indonesien, Kolumbien oder Niger, viele Länder befinden sich inmitten eines Prozesses, bei dem Gemeinden und regionale Regierungsebenen mehr Befugnisse erhalten. Dieser Trend lässt sich weltweit beobachten und hat auch Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit. Seit Beginn der 90er-Jahre ersuchen immer mehr Staaten bei der Weltbank und anderen Gebern um Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Dezentralisierungsmassnahmen. Damit wachsen die qualitativen Anforderungen, welche an Gemeinden und regionale Regierungen gestellt werden. Als Folge davon ist in den letzten Jahren die gute lokale Regierungsführung – im Fachjargon «Local Governance» – zu einem entwicklungspolitischen Schlüsselbegriff geworden.

«In der internationalen Gebergemeinschaft ist man sich heute einig, dass regionalen und kommunalen Regierungen eine tragende Rolle bei der Armutsbekämpfung zukommt», sagt Corinne Huser, Fachberaterin für Demokratisierung, Dezentralisierung und Lokalgouvernanz bei der DEZA. Man gehe davon aus, dass mit dem Delegieren von Verantwortung an subnationale Verwaltungseinheiten die Bedürfnisse der Bevölkerung besser befriedigt werden könnten.

Internationaler Trend

Doch ob es nun darum geht, ein gerechtes Steuersystem einzuführen, Analphabeten bei demokratischen Entscheiden mitwirken zu lassen, Witwenrenten pünktlich auszuzahlen oder den Abfall

umweltgerecht zu entsorgen – der Aufbau verlässlicher administrativer und politischer Prozesse auf lokaler Ebene ist anspruchsvoll und bringt viele Gemeinden und Regionalverwaltungen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Aus diesem Grund haben multinationale Organisationen und zahlreiche Geberländer entsprechende Unterstützungsprogramme lanciert.

Zu den wichtigsten Akteuren, welche den Fokus verstärkt auf die Lokalgouvernanz legen, gehören etwa das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk Unicef oder die Europäische Kommission. Bei den nationalen Akteuren haben die USA, Grossbritannien, Deutsch-

wichtige Rolle. Den Aufbau einer lokalen Wasserversorgung etwa kann man nicht nur technisch anpacken.» Man müsse sich dabei etwa die Frage stellen, wie das Finanzierungsmodell gestaltet werden muss, damit auch sehr arme Haushalte Zugang zum Trinkwasser erhalten.

Im Allgemeinen ist die Tätigkeit der DEZA im Bereich Dezentralisierung und Lokalgouvernanz auf folgende Gebiete fokussiert: Die Ausbildung von Mitgliedern der Lokalregierung und Mitarbeitenden der Verwaltung, die Unterstützung von Wahlen und anderen Konsultationsprozessen sowie der Stärkung von Bürgerinitiativen und Kontrollmechanismen zur Regierungsführung. Hin-



Johann Rousselot / laif

In Tunesien unterstützt die DEZA unabhängige lokale Radiosender, welche als Sprachrohr für die Bevölkerung und als kritische Begleitung der Regierung eine wichtige Rolle übernehmen können.

land und die Länder Skandinaviens eine tragende Rolle inne.

Auch die Schweiz geniesst mit ihrer Unterstützung von lokalen Entwicklungsbemühungen einen guten Ruf. Sie engagiert sich seit Jahrzehnten in diesem Bereich – früher vorwiegend in Ländern des Südens, doch seit der politischen Öffnung im Osten hat das Thema auch in der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten an Bedeutung gewonnen.

«Praktisch jede Landesstrategie der DEZA enthält Elemente zur Stärkung guter lokaler Regierungsführung», sagt Corinne Huser. «Dabei ist es wichtig, jeweils im Einklang mit der jeweiligen nationalen Reformagenda zu arbeiten. Lokalgouvernanz spielt auch in vielen Einzelprojekten eine

zu kommen finanzielle Beiträge an die Umsetzung von Investitionsvorhaben von Gemeinden und des politischen Dialogs mit dem Zentralstaat zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. «Gute lokale Gouvernanz», sagt Corinne Huser, «bedingt eine klare Delegation der Verantwortung und eine angemessene Ressourcenzuteilung.» Dies sei in vielen Ländern ein Knackpunkt, denn ohne genügend Mittel könnten lokale Behörden keine gute Leistung erbringen. «Gemeinden erhalten zwar oft mehr Verantwortung, die Verteilung der Finanzen funktioniert dagegen nicht im gleichen Masse.»

Stärkung der Zivilgesellschaft

Eine nachhaltige lokale Entwicklung erfordert neben effizienten Behörden auch eine Mitverant-

Vernetzung von Geberorganisationen

Die DEZA pflegt im Bereich Dezentralisierung und Lokalgouvernanz einen regen Wissensaustausch mit anderen Entwicklungsagenturen und multilateralen Organisationen. Unter anderem im Rahmen der OECD und innerhalb von Delog, der «Development Partners Working Group on Decentralisation and Local Governance». Darin haben sich 28 Geberorganisationen zusammengeschlossen. Auch DEZA-intern geniesst der Erfahrungsaustausch einen hohen Stellenwert. Im Fachnetzwerk Demokratieförderung, Dezentralisierung, Lokale Gouvernanz sind neben DEZA-Mitarbeitenden auch Partnerorganisationen, welche DEZA-Projekte umsetzen, sowie Fachleute aus diversen nationalen und internationalen Kompetenzzentren vertreten. Insgesamt hat das Netzwerk 220 Mitglieder.
www.delog.org
www.sdc-decentralization.net

wortung der Bürger und die Möglichkeit, gesetzlich verankerte Rechte auf dem Rechtsweg einzufordern. In Tadschikistan fördert die DEZA beispielsweise Rechtsberatungszentren, um den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Zugang zur Justiz zu ermöglichen. Auch unabhängige Medien können als Sprachrohr für die Bevölkerung und als kritische Begleitung der Regierung eine

neue Elite bildet und die bedürftigsten Randgruppen am Ende doch zu wenig zum Zug kommen?» Mehrheitlich wirke die Stärkung der Zivilgesellschaft aber vertrauensbildend und führe zu konstruktiven Dialogen mit der Regierung.

Und wer bleibt auf dem Land?

Derzeit wird auf internationaler Ebene die Nach-



Pierre-Yves Ginet/laif

Werden Organisationen der Zivilgesellschaft – wie diese Frauengruppe in Peru – unterstützt, fördert dies die Mitverantwortung und nachhaltige Entwicklung der Lokalbevölkerung.

wichtige Rolle übernehmen. «Die DEZA unterstützt immer wieder lokale Radiosender und andere Presseorgane, so etwa in Tunesien und Tansania», erklärt Corinne Huser.

Bei vielen Programmen, welche die DEZA unterstützt, steht auch die Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Zentrum. Dazu gehören Frauengruppen, Gewerkschaften, NGOs, Lehrerverbände und viele andere Bürgerinitiativen. «Denn», so Corinne Huser, «es braucht auch auf lokaler Ebene Akteure, welche sich anwaltschaftlich für die Schwächsten der Gesellschaft einsetzen.» Diese müssten jedoch in der Lage sein, auf Augenhöhe mit den Vertretern einer Gemeinde- oder Provinzregierung zu verhandeln. «Je besser die Organisationen mit lokalen Planungs- und Budgetierungsprozessen vertraut sind, desto grösser ist die Chance, dass ihre Anliegen von der Regierung aufgenommen werden.»

Die Unterstützung lokaler Bürgerorganisationen weist laut Huser jedoch auch Fallstricke auf: «Wie kann man etwa verhindern, dass sich daraus eine

folgeagenda der Millennium-Entwicklungsziele verhandelt. Diese soll nach 2015 als Richtschnur für eine nachhaltige Entwicklung dienen. Gemeinsam mit anderen Gebern setzt sich die Schweiz dafür ein, dass die Stärkung der dezentralen guten Regierungsführung darin aufgenommen wird.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der fortschreitenden Urbanisierung. Im Jahr 2008 lebten weltweit erstmals mehr Menschen in Städten als in ländlichen Gebieten. Deshalb verlangen die Metropolregionen zunehmend mehr Handlungsspielraum, und sie stehen in der Verantwortung für die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung. «Die Migrationsbewegung in die Städte kann jedoch auch in ländlichen Gebieten zu Problemen führen», sagt Corinne Huser. «Auf dem Land fehlen zunehmend diejenigen Menschen, die das Überleben der Gemeinden sichern könnten – die junge und besser ausgebildete Bürgerschicht. Die Herausforderungen bleiben also gross.» ■

Dezentralisierung als Schlüsselement

1991 wurde die Ukraine zu einem unabhängigen Staat. Die Schweiz unterzeichnete 1997 ein gemeinsames Abkommen über technische, wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit. Die aktuellen Konflikte haben eines dieser Vorhaben ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt: Das Swiss-Ukrainian Decentralisation Support Project. Dieses unterstützt ländliche Gemeinden bei der Sanierung ihrer Wasserversorgung und im Bereich Abfallbewirtschaftung, bringt sich aber auch in die nationalen Reformbemühungen ein. Im Juni dieses Jahres verabschiedete der Oberste Rat der Ukraine das Gesetz zur Zusammenarbeit regionaler Körperschaften. Despro hat beim Gesetzesentwurf mitgewirkt. Petro Poroschenko, seit Anfang Juni Staatspräsident der Ukraine, bezeichnet die Dezentralisierung als Schlüsselement seiner Politik. www.despro.org.ua/en

Wenn Arme mehr regieren

Gute Regierungsführung auf lokaler Ebene, die den Bedürfnissen der Armen besonders Rechnung trägt: Dieses Ziel steht im Vordergrund des in Bangladesch von der Schweiz 2006 lancierten Programms Sharique, welches bereits erfreuliche Früchte trägt.



Jens Engel / Helvetas Swiss Intercoperation

Ein einfaches und mit Symbolen ausgestattetes Plakat ermöglicht es auch Analphabetinnen, eine Bewertung über die Gemeindebehörde abzugeben.

(mw) Manchmal braucht es nicht viele Worte, um die Leistungen einer Gemeindeverwaltung zu beurteilen – das Ankreuzen eines «Smileys» genügt. In jeder Gemeinde, in der sich das Team von Sharique engagiert, wird als erstes eine Regierungsbewertung durchgeführt. Die Bevölkerung stellt sich dabei Fragen wie: Wie leicht erhalte ich einen Geburtsschein für mein Kind? Hat der Schalter der Administration zuverlässige Öffnungszeiten? Haben wir bereits einmal Steuern bezahlt?

Der Bewertungsprozess wird sehr partizipativ gestaltet. Das tönt einfach, in der Praxis sind jedoch zahlreiche Hürden zu überwinden. «Das Mitspracherecht der Frauen ist in der muslimischen Ge-

sellschaft Bangladeschs relativ gering», erklärt Corinne Huser, die bei der Lancierung von Sharique im Jahr 2006 im DEZA-Kooperationsbüro in Dhaka für das Projekt zuständig war.

Herausforderndes Kastensystem

Weitere Herausforderungen stellen auch die sehr hierarchischen Strukturen sowie das Kastensystem dar. Im Vergleich zu Indien jedoch, so Huser, zeige sich dieses weniger deutlich, aber es spiele im sozialen Gefüge dennoch eine wichtige Rolle. Unter solchen Voraussetzungen braucht der Einbezug der schwächsten Bevölkerungskreise viel Fingerspitzengefühl. Das Vorhaben scheint jedoch



Jens Engeli/Helvetas Swiss Intercooperation

Für Lokalbehörden sind die Rahmenbedingungen, beispielsweise während des Monsuns, oft sehr hart. Das Sharique-Programm verhalf vielen Gemeinden, wie etwa mit diesem Gebäude, zu einem gemeinsamen Versammlungsort.

zu gelingen. Sharique, welches von Helvetas Swiss Intercooperation umgesetzt wird, gilt mittlerweile als Vorzeigeprojekt und kann zahlreiche Erfolge aufweisen.

Tendenziell zentral verwaltet

Bangladesch ist in sieben Provinzen, 64 Distrikte, 481 Landkreise (Thana/Upazila Parishad), rund 4500 Gemeindeverbände (Union Parishad) und rund 87 000 Dorfgemeinden gegliedert. «Historisch gesehen ist das Land sehr zentralstaatlich organisiert», sagt Melina Papageorgiou. Sie ist Mitglied des dreiköpfigen DEZA-Teams, das in Bangladesch den Bereich Lokalregierung mit aktuell 15 Projekten betreut.

«Die heutige Zentralregierung steht der Dezentralisierung positiv gegenüber», meint Papageorgiou. Das System weist allerdings noch zahlreiche Schwächen auf: «Bei der Wasserversorgung spielen die lokalen Behörden im Vergleich zu früher eine wichtigere Rolle, aber im Gesundheits- und Bildungssektor liegt die Verantwortung nach wie vor beim Zentralstaat. Entscheide über die Anzahl Lehrer oder Schulgebäude werden auf nationaler Ebene gefällt. Auch die finanziellen Mittel werden – dies ein weiterer Schwachpunkt – tendenziell zentral verwaltet.»

Dennoch ordnet das Gesetz den lokalen Verwaltungsebenen Union Parishad und Upazila Parishad diverse Verantwortlichkeiten zu. So sind die Union Parishads unter anderem zuständig für

Sicherheit und Ordnung, Gerichtsbarkeit (Streitschlichtung), Unterhalt und Bau von Strassen oder Vergabe von Sozialhilfe-Unterstützung – alles Aufgaben, denen zahlreiche Union Parishads jedoch nicht gewachsen sind.

Leitfaden für Politiker und Bürger

Corinne Huser erinnert sich an die Anfangszeiten von Sharique: «Die Bevölkerung kannte ihre Rechte und Pflichten nur bedingt. Auch die gewählten Behördenmitglieder wussten oftmals kaum, was ihre Rolle eigentlich beinhaltet.» Die Aufklärung der Bevölkerung und der Behörden gehört deshalb zu den zentralen Herausforderungen des Programms.

Zum einen geschieht dies mittels öffentlicher Anlässe, wobei benachteiligten Bevölkerungsgruppen und der hohen Analphabetenrate (mehr als 50 Prozent) besonders Rechnung getragen wird. Zum anderen wurde von Sharique ein Handbuch für Lokalregierungsmitglieder, NGOs und Bürgerorganisationen erarbeitet, in dem sämtliche relevanten Gesetze und die daraus resultierenden Aufgaben erläutert werden.

Das Nachschlagewerk ist nur eines von rund 25 praxisorientierten Instrumenten, die Sharique interessierten Gemeinden und Verwaltungsinstanzen mittlerweile zur Verfügung stellt. Darunter befinden sich Manuals zu Steuererhebung, partizipativer Planung und Finanzmanagement, Leitlinien zur finanziellen Unterstützung sozial Schwacher

International vernetzt

Das Programm Sharique bringt sich auch in das von der DEZA finanziell unterstützte internationale Netzwerk Local Governance Initiative and Network (Login) ein. Dieses will lokalen Regierungen und Behörden den Erfahrungsaustausch ermöglichen. Aktuell beteiligen sich Akteure aus 10 Ländern in Süd- und Ostasien an dieser Initiative: Afghanistan, Pakistan, Nepal, Indien, Bangladesch, Bhutan, Kambodscha, Vietnam, Mongolei und Laos. www.loginasia.org



Erfahrungsgemäss braucht es im Prozess der Bürgerentwicklung in ländlichen Gegenden Bangladeschs rund fünf bis sechs Jahre, bis sich Frauen organisieren und für ihre Anliegen in der Öffentlichkeit das Wort ergreifen.

oder Inputs zur Frauenförderung. In dem im Juli 2013 erschienenen Sharique Handbook sind sämtliche Instrumente zu einem Schritt für Schritt-Ratgeber zusammengefasst.

Erfahrungen zugänglich machen

Sharique wächst kontinuierlich und engagiert sich derzeit in 207 Union Parishads und 29 Upazila Parishads. Damit erreicht das Programm rund 50 000 Menschen direkt. «Doch auch das Weitergeben von Wissen ist unterdessen zu einem zentralen Element des Programms geworden», erklärt Melina Papageorgiou.

Einzelne Programmelemente haben sich mittlerweile zu wahren Selbstläufern entwickelt. So hat die Zentralregierung sämtliche 4500 Union Parishads dazu aufgerufen, das Konzept des Union Development Coordination Committees zu übernehmen, einem breit abgestützten Forum, in dem Bürger, NGOs, Privatsektor und Vertreter unterschiedlicher Politikbereiche wie Schule, Gesundheit, Verkehr zusammenkommen und Vorschläge der Politik auf Bezirksebene gemeinsam diskutieren und priorisieren.

Darüber hinaus ist derzeit ein Gemeinschaftsprojekt von Sharique und der Zentralregierung im Gange, in dem sich drei Lokalregierungen, in denen einzelne Steuerungsprozesse mittlerweile sehr gut laufen, anderen Gemeinden für Weiterbildung und Austausch zur Verfügung stellen.

Bessere Wasserversorgung, fehlendes Wissen

Doch auch in einem sogenannten Vorzeigeprojekt läuft nicht immer alles rund, und zahlreiche Vorhaben brauchen einen langen Atem. Helvetas-Mitarbeiter Jens Engeli war als Berater für Sharique tätig: «Wir konnten bei Sharique auch viel Neues ausprobieren. Nicht alles hat die erhofften Ergebnisse gebracht, aber letztlich haben auch Misser-

folge zum Lernen und damit zum Erfolg beigetragen. Dank guten gesetzlichen Rahmenbedingungen hatten wir eine gute Ausgangsbasis, um Fortschritte zu erzielen.» Ein spezieller Knackpunkt, so Engeli, sei immer auch der Einbezug der Elite einer Gemeinde: «Beim Aufbau der partizipativen Prozesse muss man aufpassen, dass sich diese nicht plötzlich ausklinkt und sich neue Einflussmechanismen erschafft.»

Insgesamt lässt sich die Erfolgsbilanz von Sharique jedoch sehen. Nach den ersten beiden Projektphasen formulieren bereits 130 Union Parishads Jahrespläne und Budgets und tun dies mit einem offenen, partizipativen Verfahren. «Bei der Wasserversorgung lassen sich ebenfalls deutliche Fortschritte erkennen», sagt Melina Papageorgiou. Verbesserungen seien auch beim Sozialhilfesystem zu verzeichnen. Die Regierung Bangladeschs hat verschiedene Unterstützungsprogramme für Witwen, Behinderte oder Alleinerziehende lanciert. Unterdessen würden diese in den von Sharique begleiteten Gemeinden besser umgesetzt.

Geholfen hat dabei auch eine sogenannte «Armutskartierung», bei der zu Beginn in einer Gemeinde gemeinsam geschaut wird, welches die bedürftigsten Menschen sind und ob tatsächlich die richtigen Adressaten eine staatliche Unterstützung erhalten. «Vetternwirtschaft ist natürlich immer ein grosses Thema», sagt Jens Engeli. Teilweise habe Sharique jedoch auch das pure Gegenteil bewiesen. «Die Bevölkerung war oft der Ansicht, dass die Behörden ohnehin korrupt sind. Die partizipativen Prozesse haben dann gezeigt, dass es diesen oft nicht an gutem Willen, sondern an Wissen oder an finanziellen Möglichkeiten fehlt. Das hat vertrauensbildend gewirkt.» ■

Von Lokalgouvernanz bis Berufsbildung

Die DEZA unterstützt Bangladesch seit 1971 bei seinen Entwicklungsbemühungen. Trotz zahlreicher Fortschritte – in der vergangenen Dekade erlebte Bangladesch einen Aufschwung – lebt ein Drittel der rund 160 Millionen Einwohner nach wie vor in Armut. Lokale Gouvernanz ist ein zentraler Schwerpunkt der DEZA-Kooperationsstrategie mit Bangladesch. Weitere wichtige Arbeitsbereiche: Einkommensförderung und Marktentwicklung, Berufsbildung, Reduktion von Katastrophenrisiken und das Querschnittsthema Gleichstellung der Geschlechter. www.deza.admin.ch/bangladesh
www.sdc.org.bd
www.bangladesh.helvetas.org

«Das verfluchte Gesetz»

Bolivien hat eine rasante Entwicklung hinter sich. Wirtschaftlich erlebt es wegen seiner Bodenschätze einen enormen Aufschwung, politisch ist der Wandel ebenfalls beachtlich. Seit Mitte der 90er-Jahre führt die Regierung einen radikalen Dezentralisierungsprozess durch, der noch längst nicht abgeschlossen ist.

(mw) Das Gesetz über die Volksbeteiligung von 1994 war ein historischer Wendepunkt für Bolivien. Es legte die Basis für eine weitreichende Dezentralisierung und hat der Bevölkerung mehr Mitsprache ermöglicht. Die strukturellen Umwälzungen innerhalb der Staatsordnung waren enorm. «Die Zahl der Municipios (siehe Randspalte) hat sich von 24 auf 339 erhöht», erklärt Mila Reynolds, Mitarbeiterin des DEZA-Kooperationsbüros in La Paz.

Die Schweiz ist als Entwicklungspartner seit 1969 in Bolivien präsent und gehörte neben der Weltbank, Spanien und den USA zu den wichtigsten Geldgebern für die Umsetzung dieser demokratischen Reform. Dabei finanzierte sie auch das Projekt zur Unterstützung der Gemeindedemokratie Padem, welches von AOS/Solidar Suisse durchgeführt wird.

«Interessanterweise stand die ländliche Bevölkerung diesem anfangs skeptisch gegenüber», erzählt Martín Pérez, Direktor von AOS/Solidar Suisse in Bolivien. «Sie nannten es La Ley Maldita – das verfluchte Gesetz.» Weil damals in vielen Gebieten keine staatlichen Institutionen bestanden, sei dessen Einführung als Bedrohung für eingespielte informelle und kulturelle Machtstrukturen empfunden worden – etwa für Bauernverbände oder indigene Organisationen. Heute werte man jedoch die Folgen des «Ley de Participación Popular» positiv.

Aufbau neuer Kompetenzen

Durch das neue Gesetz erhielten die Municipios viel mehr Verantwortung: dies insbesondere für die Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Gesundheit, für das örtliche Strassennetz sowie das Wohnungswesen. Auch die Transferzahlungen des Zentralstaates an die Dorfgemeinden nahmen beträchtlich zu. Zwischen 2000 und 2006 tätigten die Gemeinden 46 Prozent der öffentlichen Investitionen des Landes. Diese neuen finanziellen Möglichkeiten und Verpflichtungen stellten



Das öffentliche Anprangern von Gewalt gegen Frauen und Kinder ist nur einer von vielen Aspekten einer guten lokalen Gouvernanz.

für die Lokalregierungen gewaltige Herausforderungen dar.

Padem startete 1996 und konzentrierte sich auf arme, vorwiegend ländliche Gemeinden. Heute umfasst das Aktionsgebiet rund ein Drittel aller Municipios. Mittels Kursen, Publikationen und Radiosendungen wurde die Bevölkerung über die neuen Rechte und Pflichten informiert. Ein weiteres Element von Padem war die Ausbildung mehrerer Hundert lokaler Promotorinnen und Promotoren, welche die Bevölkerung dabei unterstützen sollten, sich an demokratischen Entscheidungen zu beteiligen und an finanzielle Mittel zu gelangen.

Ein besonderes Augenmerk galt dem Einbezug benachteiligter ethnischer Minderheiten und der Förderung der Frauen, welche in der patriarchal geprägten Gesellschaft Boliviens nur beschränk-

Ein plurinationaler Staat

Bolivien heisst heute offiziell «Plurinationaler Staat Bolivien». Im Januar 2009 stimmten 61 Prozent der Bevölkerung einer neuen Verfassung zu, welche die multiethnische und plurinationale gesellschaftliche Realität des Landes anerkennt. Diese sieht vor, die Werte der indigenen Bevölkerung gezielt zu fördern und gewährt 36 ethnischen Gruppen des Landes neu definierte Rechte. Darunter die Anerkennung von 36 Idiomen als offizielle Sprachen, Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen sowie die Vertretung in den staatlichen Organen. Diese Neuordnung bleibt jedoch umstritten.

te Möglichkeiten haben, sich politisch oder beruflich zu betätigen. Aus diesem Grund arbeitete Padem oft mit gemischten Promotoren-Teams – und berief sich dabei auf das Prinzip Chacha-Warmi (Harmonie zwischen Frauen und Männern) der Aymara-Kultur.

Mehr Mitsprache der Bevölkerung

Die heute 28-jährige Clementina Socaño Coro war von 2007 bis Ende 2009 in Chaquí im Departement Potosí als Promotorin tätig. Die Gemeinde hatte sie für diese Leader-Funktion vorgeschlagen, weil sie sich schon sehr jung politisch engagierte und mit dem Abschluss der fünfjährigen Primarschule über eine überdurchschnittlich gute Bildung verfügte. «Meine Ausbildung bei Padem umfasste unter anderem die Finanzplanung von Gemeinden, demokratische Prozesse, Fragen zur Gleichheit der Geschlechter und soziale Kontrolle», erzählt sie. Das Programm hat ihr persönlich und der Gemeinde viel gebracht: «Heute haben wir klarere Planungsprozesse und die Bevölkerung kann mehr mitreden.»

2010 wurde Clementina Socaño Coro in den Munizipalrat gewählt. «Auch diese Wahlen sind demokratischer verlaufen als in früheren Jahren», sagt sie. «Doch trotz dieser Fortschritte ist der Weg noch lang. Gerade wir Frauen sind immer noch stark benachteiligt.»

Dies widerspiegelt sich auch in der aktuellen Projektphase von Padem: Dem Thema Gewalt gegen Frauen wird ein wichtiger Platz eingeräumt. Laut Statistik sind 7 von 10 Bolivianerinnen davon be-



Padem (2)

Für Clementina Socaño Coro ist es noch ein weiter Weg, bis beispielsweise Frauen und indigene Bevölkerungsgruppen (unten) vollständig in die demokratischen Entscheide miteinbezogen sind.

troffen. Auch anderweitig bleiben die Herausforderungen gross. «Nach der intensiven Munizipalisierung steht nun eine Stärkung der Departementebene bevor», erklärt Mila Reynolds. «Auch hier müssen die schwächsten Bevölkerungskreise demokratisch eingebunden werden.»

Wer profitiert von Bodenschätzen?

Darüber hinaus ist in Bolivien 2009 eine neue Verfassung in Kraft getreten, die eine weitere administrative Neuordnung mit sich bringt. «Neben den bisherigen Verwaltungsebenen», so Reynolds, «ist nun auch die Errichtung indigener Autonomiegebiete möglich.» 11 der 339 Municipios sind daran, diesen Status zu erwerben. Teilweise überschneiden sich jedoch die Territorien von potenziellen Autonomiegebieten mit anderen Verwaltungseinheiten, was einen grossen Abstimmungsaufwand und neue Koordinationsgesetze erfordert.

Ein weiteres grosses Politikum ist gemäss Mila Reynolds der regionale Finanzausgleich: «Der Abbau von Bodenschätzen hat in den letzten Jahren zu einem unglaublichen Reichtum geführt.» Ob und wie dieser Wohlstand allen Regionen und Bevölkerungsschichten zugutekommt, ist im Moment noch offen. Die Verhandlungen beginnen nach den Wahlen 2015. ■

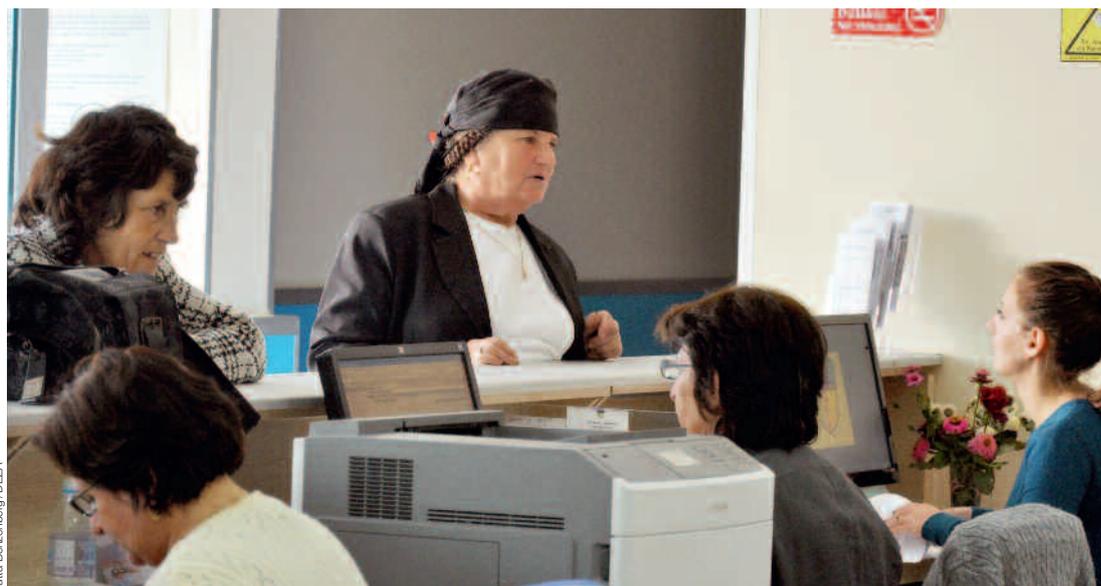
Mehr Macht den Indigenen

Bolivien besteht territorial aus neun Departamentos, die sich in 112 Provinzen aufteilen. Diese sind wiederum in 339 Municipios gegliedert, welche sich weiter in Kantone (Cantones) und auf unterster Ebene in Localidades aufteilen. Über die Hälfte der Municipios werden mehrheitlich von Indigenen bewohnt. Politisch von wachsender Bedeutung sind die Autonomiegebiete der Indigenen. Mit der neuen Verfassung von 2009 wurde es möglich, solche als gleichwertige neue Verwaltungsebene einzurichten. Diese ermöglichen traditionellen Bräuchen und dem Gewohnheitsrecht der Indigenen eine grössere Legitimation, so lange dabei die Menschenrechte nicht tangiert werden.



Sich einbringen und vertrauen lernen

Albanien ist eine junge Demokratie. 1990 brach die kommunistische Diktatur zusammen, seither läuft ein intensiver Aufbau neuer politischer und rechtlicher Strukturen. Die Schweiz unterstützt diese Reformen und fördert unter anderem die Kompetenzen von Gemeindeverwaltungen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Finanzplanung.



Julita Berzenberg/DEZA

In Albanien fördert das DLDP-Programm die Lokalentwicklung unter anderem durch zentrale Anlaufstellen in den Gemeinden.

Horizontale Vernetzung

Gemeinden können politisch nur mehr Gewicht erhalten, wenn sie auch untereinander vernetzt sind. Daher unterstützt die DEZA auch Gemeindeverbände und das internationale Network of Associations of Local Authorities from South-Eastern Europe. Das Netzwerk umfasst Gemeindeverbände aus 12 Ländern Südosteuropas, in denen rund 9000 lokale Behörden vertreten sind. Es fördert den Wissensaustausch und verfasst Vergleichsstudien wie den Report Fiscal Decentralization Indicators for South-East Europe 2006-2012. Darin zeigte sich deutlich, dass die Gemeinden in sämtlichen Ländern Südosteuropas weniger Anteil des nationalen BIPs erhalten, als Gemeinden in der EU. Albanien bildet dabei das Schlusslicht.
www.nalas.eu
www.dldp.al

(mw) «Die Gemeindeverwaltungen erhalten mehr Reklamationen, das ist ein spürbarer Erfolg», sagt Valbona Karakaçi. Sie leitet das Decentralization and Local Development Programme (DLDP) in Albanien, welches von der DEZA finanziert wird. Das DLDP richtet sich an lokale Behörden und verfolgt mehrere Ziele: darunter die verbesserte Bewirtschaftung der Gemeindefinanzen, die Organisation der Abfallentsorgung, die Einführung elektronischer Dienstleistungen und die aktive Kommunikation mit der Bevölkerung.

«Für Bürger westlicher Länder mag dies fremd klingen, aber nach der langen Diktatur müssen die Menschen hier erst lernen, sich einzubringen und den Institutionen zu vertrauen», erklärt Valbona Karakaçi. «Dass Gemeinden, mit denen wir arbeiten mehr Anfragen, Anträge und Beanstandungen erhalten, werten wir positiv.»

Transparenz und Vertrauen schaffen

Albanien sucht den Anschluss an die EU und hat im Juni 2014 offiziell den Beitrittskandidatenstatus erhalten. Das Bestreben des DLDP in Gemeinden internationale Finanzstandards einzuführen, kann diesem Ziel förderlich sein. Begonnen hat das Pro-

gramm 2006 in acht Gemeinden und deckt mittlerweile ein Drittel Albaniens ab.

«Professionelle Finanzplanung bringt viele Vorteile», sagt Stefan Pfäffli vom Institut für Betriebs- und Regionalökonomie der Hochschule Luzern, der als Berater für das DLDP arbeitet. «Die Planung schafft bei der Bevölkerung Transparenz, weil sie die Vorhaben der Gemeinde aufzeigt. Das erhöht die Legitimation Steuern einzuziehen und ermöglicht politische Diskussionen.» Dabei ist es wichtig, neben Jahresbudgets auch mittelfristige Finanzpläne zu erstellen, wozu Albaniens Gemeinden seit 2009 verpflichtet sind. «Die längerfristige Perspektive», so Pfäffli, «vereinfacht die Realisierung kostenintensiver Investitionen.» In Zusammenarbeit mit lokalen Fachleuten hat er ein elektronisches Finanzplanungsinstrument entwickelt, das eine strategische Budgetierung erleichtert und mit dem sich per Knopfdruck verschiedene Szenarien durchspielen lassen.

Generell ist die Finanzlage Albaniens jedoch nicht rosig. Und die Gemeinden erhalten im Vergleich zu ihren Aufgaben zu wenig Mittel. Bei der derzeit anstehenden Territorialreform mit zahlreichen Gemeindefusionen, wird deshalb auch die Mittelverteilung für viel Gesprächsstoff sorgen. ■

Es geht um mehr als Transparenz

Die Rechenschaftspflicht des Staates gehört zu den Spezialgebieten des südafrikanischen Soziologen Colm Allan. Er hat mehrere Monitoring- und Evaluationssysteme entwickelt, mit denen sich die Leistung der Verwaltung messen lässt. Der lokalen Ebene kommt dabei, wie er im Interview mit Mirella Wepf bestätigt, eine besondere Bedeutung zu.

«Eine Welt»: Sie haben sich die Evaluation staatlicher Leistungen zum Beruf gemacht. Warum?

Colm Allan: Ich habe mich in Südafrika bereits als Jugendlicher gegen das Apartheidsystem und den Militärzwang engagiert. Mit 19 steckte man mich ohne Gerichtsurteil 50 Tage lang ins Gefängnis. Das hat mich zusätzlich motiviert. Viele meiner Weggefährten gingen später in die Politik. Ich habe einen anderen Weg gewählt. Mich treiben Fragen um wie: Bringt Demokratie wirklich mehr Nutzen? Und wenn ja, gilt dies auch für ärmere Bevölkerungskreise?

Eines Ihrer Spezialthemen ist ja eben die Rechenschaftspflicht des Staates – im Fachjargon Social Accountability. Wie definieren Sie diese?

Politische Machthaber sollten ihre Pläne und Leistungen erklären und begründen können. Dabei geht es um mehr als blosser Transparenz. Es genügt nicht, ab und zu einige Zahlen bekannt zu machen. Es geht darum, einen fortlaufenden Prozess zu etablieren, bei dem die wichtigsten Belange einer Region definiert, mit den verfügbaren Mitteln angegangen und die Resultate überprüft werden. Social Accountability ist jedoch keine Einbahnstrasse. Auch die Bevölkerung oder Organisationen der Zivilgesellschaft sind in der Verantwortung und müssen die Fähigkeit entwickeln, sich

einzubringen. Ohne einen solchen Prozess besteht eine Demokratie nur auf dem Papier.

2012 haben Sie ein Monitoring-Programm für Gemeinden in Mosambik entwickelt. Was waren die wichtigsten Ergebnisse?

Das Municipal Social Accountability Monitoring Program (MuniSAM) ergab unter anderem, dass die Bedürfnisanalyse in den Gemeinden grosse Mängel aufweist. Nur wenn klar ist, was die Bevölkerung wirklich braucht, kann die Politik effiziente strategische Pläne entwickeln. MuniSAM war jedoch mehr als ein Rating. Es ging auch darum, Regierung und Zivilbevölkerung näher zusammenzubringen, etwa im Rahmen öffentlicher Hearings. So haben sich neue Möglichkeiten zur Partizipation entwickelt und verschiedene NGOs, die zuvor unabhängig agierten, arbeiten nun stärker zusammen. MuniSAM hat auch viele Geschlechter-Ungerechtigkeiten aufgezeigt und diesbezüglich Fortschritte gebracht.

In Ihrem neusten Projekt erweitern Sie den Fokus auf die zentralstaatliche und regionale Regierungsebene.

Richtig. In einer ersten Pilotphase von Social Accountability Monitoring and Evaluation (Same) haben wir 44 Indikatoren zur Beurteilung des Gesundheitssektors von Mosambik entwickelt und dabei in zwei Provinzen alle Regierungsebenen



Colm Allan war Direktor des Centre for Social Accountability an der Universität Rhodes in Grahamston, Südafrika. Heute ist er unabhängiger Berater für Social Accountability, sowie assoziierter Forscher der Rhodes-Universität. 1999 gründete er den Public Service Accountability Monitor (www.psam.org.za), der heute Teil der Journalisten- und Medienausbildung der Rhodes University ist. PSAM widmete sich zu Beginn stark dem Thema Korruption und beinhaltet unterdessen ein breites regionales Lernprogramm, das sich sowohl an Regierungsvertreter wie Akteure der Zivilgesellschaft richtet. Die DEZA gehört zu den wichtigsten Geldgebern von PSAM.



Die Rechenschaftspflicht des Staates ermöglicht es unter anderem, in Mosambik Geschlechter-Ungleichheiten aufzudecken.



Joao Silva / NYT / Reuters/af

Für Colm Allan kann Lokalentwicklung durch eine regelmässige Rechenschaftsablage besser und direkter gesteuert werden als durch Wahlen, welche nur alle vier, fünf Jahre durchgeführt werden.

angeschaut. Basierend auf Interviews mit Vertretern von Zivilgesellschaft und Regierung haben wir die wichtigsten Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung ermittelt. Grundsätzlich lässt sich Same jedoch auch für andere Bereiche des Staates anwenden.

Auch die Weltbank propagiert Monitoring-Systeme für Social Accountability. Konkurrenzieren Sie sich da nicht?

Nein. Ich bin im Kontakt mit der Weltbank und deren Präsident Jim Yong Kim, der grossen Wert auf messbare Resultate legt. Die Weltbank gibt sehr viel Geld aus für die Entwicklung von Staaten. Doch es gibt nach wie vor nur wenige verlässliche Indikatoren für die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel. Die Same-Indikatoren für gute Gouvernanz können auch in dieser Hinsicht einen Beitrag leisten. Sie können etwa aufzeigen, welche Fähigkeiten und Mittel eine Kommunalregierung oder eine NGO noch braucht, um fundierte Bedürfnisanalysen zu erstellen, strategische Pläne zu entwickeln oder die Finanzkontrolle zu gewährleisten.

Same könnte also auch zu einem Arbeitsinstrument für andere Geber werden?

Ja, ebenso für Organisationen der Zivilgesellschaft oder die Regierungen selbst.

Lässt sich dieses Evaluationssystem auch in Industriestaaten anwenden?

Prozesse der Rechenschaftspflicht braucht es auch

in entwickelten Ländern. Mit den Same-Indikatoren werden die Gouvernanz und die Definition der prioritären Ziele eines Landes messbar. Man darf aber nicht vergessen, dass in Entwicklungsländern viel weniger Mittel zur Verfügung stehen und oftmals nicht einmal die körperlichen Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wasser oder Gesundheit abgesichert sind. Hier stehen also ganz andere Hauptbedürfnisse im Vordergrund. Grundsätzlich bringt das regelmässige Monitoring immer Vorteile. Die Rechenschaftspflicht gibt der Regierung auch die Möglichkeit, ihre Entscheide besser darzulegen und unrealistische Erwartungen in der Bevölkerung zu dämpfen. Umgekehrt kann die Bevölkerung viel unmittelbarer eingreifen. Wenn nur alle vier, fünf Jahre bei den Wahlen Bilanz gezogen wird, lässt sich die Entwicklung schlechter steuern als bei einer jährlichen oder zweijährlichen Rechenschaftsablage.

Sie konzentrieren sich in Ihrer Arbeit auch stark auf die lokale Ebene. Warum ist diese so wichtig?

Um es mit einer englischen Redensart zu sagen: «This is where the rubber hits the road!» (Da, wo es draufkommt; Anm. d. R.) Egal ob die politische Verantwortung zentral oder dezentral angesiedelt ist, alles was die Zentralregierung entscheidet, zeitigt lokal Auswirkungen. Sei es bei der Bildung, im Gesundheitssystem, überall! ■

(Aus dem Englischen)

Facts & Figures



Norbert Entker / aif



Hervé Hughes / hemsis.fr / aif

«Dezentralisierung ist keine Alternative zur Zentralisierung. Es braucht beides.»

Quelle: UNDP-Arbeitspapier *Decentralization: a Sampling of Definitions*, Oktober 1999

Schlüsselzahlen

- Im Jahr 2000 hatten rund 95 Prozent aller Länder Regierungen und Verwaltungen auf regionaler und lokaler Ebene.
- In Uganda ist zwischen 2004 und 2012 die Anzahl subnationaler Einheiten von rund 44 000 auf 69 000 angestiegen.
- Afrika wandelt sich zu einer urbanen Gesellschaft – Städte wachsen durchschnittlich 3 Prozent pro Jahr, was nach adäquaten Steuerungsmechanismen auf städtischer Ebene verlangt.
- Der Urbanisierungstrend zeigt sich weltweit: Bis 2030 werden sechs von zehn Menschen in Städten leben, bis 2050 sieben.
- 40 von 54 Staaten Afrikas erwähnen in ihrer Verfassung lokale Gebietskörperschaften und ihre Rolle.
- Zwischen 1990 und 2006 hat die Weltbank in insgesamt 89 Ländern 31.9 Milliarden Dollar ausgegeben. Laut Schätzung der Worldbank Independent Evaluation Group wurde rund ein Drittel davon für Dezentralisierungsmassnahmen verwendet.
- Die UNO-Vollversammlung hat sich 1996 drei zentralen politischen Zielen verschrieben: der Dezentralisierung, der Stärkung lokaler Einheiten und der Stärkung der lokalen Demokratie.

Links

Der UNO-Kapitalentwicklungsfonds ist spezialisiert auf Mikrofinanzierungen und öffentliches Finanzmanagement auf lokaler Ebene

www.unCDF.org

Auch das Entwicklungsprogramm der UNO engagiert sich stark im Bereich lokale Gouvernanz

www.undp.org

Das Institute of Development Studies der Universität Sussex ist spezialisiert auf Partizipation, Rechenschaftspflicht, Inklusion sowie Power Analysen

www.ids.ac.uk

Das DEZA-Netzwerk Demokratieförderung, Dezentralisierung, Lokale Gouvernanz DLGN
www.sdc-decentralization.net

Das Basel Institute on Governance forscht u.a. in den Bereichen Public und Corporate Governance
www.baselgovernance.org

Die globale Initiative Making All Voices Count will bessere Bürgerpartizipation unter Einbezug neuer Technologien
www.makingallvoicescount.org

Publikationen

«The Role of Decentralisation/Devolution in Improving Development Outcomes at the Local Level» von Local Development International LLC, New York, 2013, Download unter www.delog.org

«Decentralization and Women Empowerment: Exploring the Linkages» von Sajjad Ali Khan in Journal of Political Studies, Vol. 18, Issue 1, 61-75, Download unter www.pu.edu.pk

«Municipal Finances: A Handbook for Local Governments»; The World Bank, 2014
www.worldbank.org (documents)

«Herausforderung Demokratie», Hg. NCCR Democracy, Hanspeter Kriesi, Lars Müller, Zürich 2013 (auch in Englisch erhältlich)

«Improving International Capacity Development» von Jim Armstrong, Palgrave Macmillan, London/New York

Roma als Verlierer der Demokratisierung

Bulgarien ist das wirtschaftlich ärmste Mitgliedsland der Europäischen Union. Die grössten Verlierer der Wende von 1989 sind die Roma. Für sie hat auch der EU-Beitritt zu keiner merklichen Verbesserung ihrer Situation geführt, im Gegenteil. Und so sehen die meisten nur noch einen Ausweg aus der Misere: die Emigration nach Westeuropa. Von Dirk Auer*.



Das Roma-Ghetto Stolipinovo zeichnet sich durch schlechte Infrastruktur, hungrige Kinder und eine hohe Analphabeten- und Arbeitslosenrate aus.

Triste Wohnblöcke, von denen der Putz abbröckelt, dazwischen windschiefe Hütten aus Ziegelsteinen, Wellblech, Holz und Dachpappe – das ist Stolipinovo, das Roma-Ghetto von Plovdiv, der zweitgrössten Stadt Bulgariens. Etwa 50 000 Menschen leben hier, und viele von ihnen in Verhältnissen, wie man sie sonst nur aus südamerikanischen Favelas kennt: Ohne Strom und fliessendes Wasser, überall liegt Müll herum, und obwohl es kaum noch Platz gibt, wird noch immer weiter gebaut – anarchisch, wild und ohne Plan. «Stolipinovo ist eine soziale Zeitbombe, die in wenigen Jahren ex-

plodieren wird, wenn hier nichts passiert», sagt Asen Karagyozov, während er durch das Viertel führt.

Pferdefuhrwerke fahren vorbei, die Alteisen zum Schrotthändler bringen. Links und rechts einer mit Schlaglöchern übersäten Strasse bieten Händler Obst, Gemüse und gefälschte Markenartikel an. Vielleicht gerade mal 1000 Leute haben hier eine regelmässige Arbeit, schätzt Asen Karagyozov, vor allem bei städtischen und privaten Reinigungsfirmen. Andere verdingen sich als Tagelöhner oder halten sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser in der

Landwirtschaft, auf dem Bau oder als Sammler von Altpapier, Metall und Glas.

Roma als Wendeverlierer

Orte wie Stolipinovo gibt es in fast allen grösseren Städten Bulgariens. Sie sind der sichtbarste Ausdruck dafür, dass Roma die grössten Verlierer der Wende von 1989 sind. Während der Zeit des Kommunismus gingen auch in Stolipinovo fast alle einer regulären Arbeit nach, die Kinder besuchten die Schule, es gab freien Zugang zur Gesundheits-



Jordan Simenov/Dukela / Photos

Pferdefuhrwerke gehören noch immer zum Alltagsbild.

versorgung. Zwar wohnten schon immer mehrheitlich Roma im Viertel, aber es gab auch noch Bulgaren, mit denen das Zusammenleben weitgehend konfliktfrei verlief.

Dann «brach die Demokratie aus», wie man in Bulgarien bis heute gerne sagt. Und mit ihr sollte sich die Situation der Roma drastisch zum Schlechteren wenden. «Wir dachten, wir bekommen grössere Freiheit», erinnert sich Asen Karagyozov. «Aber dann mussten wir sehen, dass das für uns nur Arbeitslosigkeit und Armut bedeutete.» Tatsächlich waren die Roma die ersten, die aus den maroden Staatsbetrieben entlassen wurden. Und während die Bulgaren das Viertel verliessen, zogen verarmte Roma vom Land nach. Innerhalb von 20 Jahren sollte sich die Einwohnerzahl Stolipinovos verdreifachen, so dass das Viertel inzwischen tatsächlich aus allen Nähten platzt.

Bildung als Schlüssel?

Asen Karagyozov gehört zur Handvoll Roma im Viertel, die ein Studium abgeschlossen haben. Er ist Abgeordneter im Stadtrat von Plovdiv und hat bereits vor Jahren den Verein «Stiftung für regionale Entwicklung – ROMA» gegründet, der vor allem im Bildungsbereich tätig ist. Es gibt Förderunterricht und ein Busprojekt, das die Kinder zuhause abholt und zu Schulen in der Stadt bringt,

wo sie gemeinsam mit Nicht-Roma unterrichtet werden. Heute sind die Unterrichtsräume in dem weiss gestrichenen Gebäude leer, nur am Eingang lungern zwei Kinder herum. «Sie haben den ganzen Tag noch nichts gegessen», sagt eine Mitarbeiterin, um auf die Armut hinzuweisen, die für die meisten hier das drängendste Problem ist. Bildung gilt als Schlüssel, wenn es darum geht, die Situation der Roma in Bulgarien zu verbessern. Doch Erfolge sind allenfalls langfristig zu messen. Und wenn gleichzeitig der Arbeitsmarkt für Roma aufgrund ihrer Diskriminierung kaum zugänglich ist, dann droht auch diese Strategie ins Leere zu laufen. Tatsächlich gibt es trotz vielen Programmen noch immer kaum greifbare Resultate – im Gegenteil: Die Finanz- und Wirtschaftskrise, unter der die Länder Ost- und vorab Südosteuropas immer noch leiden, hat die Situation vieler Roma noch einmal verschärft.

«Vor fünf Jahren waren wir eigentlich schon einmal weiter in unseren Anstrengungen, die Situation der Roma hier zu verbessern», sagt Asen Karagyozov. Aber jetzt herrschten Stagnation, Krise und Rückschläge in vielen Bereichen. Es gibt weniger Arbeit, wachsende Diskriminierung, und im ganzen Land nimmt auch die Segregation wieder zu. Als sein Sohn Anton vor sieben Jahren an der Universität studierte, hatte er von rassistischer Diskriminierung noch nichts gespürt. Jetzt würde man selbst von den Dozenten abfällige Kommentare hören. Auch auf politischer Ebene ist das Eintreten für Roma ein Kampf gegen Windmühlen. «Es wäre so viel möglich», klagt Karagyozov. «Aber es gibt keinen Willen.» EU-Gelder werden nicht beantragt, und wenn, dann versickert das Geld irgendwo, bevor es bei den Betroffenen ankommt.

Ausweg Emigration

Es ist daher wenig verwunderlich, warum viele Roma nicht mehr auf eine Verbesserung der Situation im eigenen Land hoffen, sondern nur noch einen Ausweg aus der Misere sehen: die Emigration nach Westeuropa. «Eigentlich denkt hier jeder darüber nach zu gehen. Vielleicht etwa ein Fünftel hat es schon getan», schätzt Karagyozov. Er hat mitangesehen, wie in den letzten Jahren die Western Union-Zweigstellen im Viertel wie Pilze aus dem Boden sprossen, durch die die Migranten Geld an die zurückgebliebenen Familienmitglieder überweisen.

Weiter unten, die Strasse entlang, stehen die «Dortmund Blocks», wie sie hier genannt werden. Scharweise haben sich deren Bewohner in die westdeutsche Stadt aufgemacht, wo sie dann im ohnehin schon ärmsten Viertel gelandet sind. Dort verdingen sich die Frauen vor allem als Prostitu-

Bulgarien in Kürze

Hauptstadt
Sofia

Fläche
110 994 km²

Einwohner
7,2 Millionen

Lebenserwartung
74,3 Jahre

Ethnien
Bulgaren 84,8%
Türken 8,8%
Roma 4,9%
Andere 1,5%

Religionen
Bulgarisch-Orthodox 76%
Muslime 10%
Andere 14%

Exportprodukte
Chemische Produkte, Elektrizität, Konsumartikel, Maschinen und Ausrüstungen, Nahrungs- und Genussmittel, Rohmetall- und Stahlprodukte, Textilprodukte

Wirtschaftszweige
Mit 53% macht der Dienstleistungssektor den Grossteil der Wirtschaftskraft aus. Danach folgt das verarbeitende Gewerbe, etwa die Nahrungsmittelwirtschaft, mit 35%.





Jordan Simeonov / Dukas / Polaris

Viele Bewohner der «Dortmund Blocks» haben sich längst in die deutsche Stadt aufgemacht und arbeiten dort meist illegal auf Baustellen, in Restaurants oder als Putzkraft.

ierte und die Männer auf dem Arbeiterstrich. Als solche – und entsprechend als soziales Problem – tauchen Roma-Migranten dann in den westlichen Medien auf.

Für Ilona Tomova, Bevölkerungswissenschaftlerin an der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia, ist das jedoch nur eine kleine Minderheit der Roma-Migranten. «Nur etwa fünf bis zehn Prozent leben in solchen problematischen Verhältnissen», sagt sie. Die anderen seien überhaupt nicht sichtbar: «Sie arbeiten teilweise schon seit Jahren illegal auf Baustellen, in Restaurants oder als Reinigungskräfte – ohne Urlaub und für wenig Geld.» Und das alles nur, um die Familien zuhause zu unterstützen, betont die Wissenschaftlerin, die an einer neuen Studie über Roma-Emigration beteiligt war.

Dabei waren bis 2001 Roma noch die am wenigsten mobile Bevölkerungsgruppe in ganz Bulgarien. Ihre Armut war so gross, dass sie noch nicht einmal Geld hatten, um ihr eigenes Ghetto zu verlassen. Seitdem, mit dem Wegfall der Visapflicht und vor allem mit dem EU-Beitritt Bulgariens 2007, nutzten viele Roma jedoch die Gelegenheit, um vorab in Deutschland, Belgien und Frankreich Arbeit zu finden. Tomova schätzt, dass in einzelnen Regionen Bulgariens inzwischen 60 Prozent der Familien ein oder zwei Angehörige im Ausland haben, von denen sie regelmässig Geld erhalten. «Ganze Regionen in Bulgarien werden nur dadurch überhaupt am Leben erhalten», sagt Tomova. Familien können sich entschulden, ihre Häuser renovieren, Medikamente kaufen, und schliesslich sind die Rücküberweisungen auch zu einem

wichtigen Faktor für die kleinteilige Wirtschaft geworden, die es in den Roma-Vierteln gibt.

Zwiespältiger Ausblick

Für Ilona Tomova steht fest, dass die Emigration in Zukunft noch zunehmen wird. Keine der bulgarischen Regierungen war in den letzten 24 Jahren in der Lage, dem Problem der Roma-Armut auch nur ansatzweise zu begegnen – was einerseits am fehlenden politischen Willen liegt, andererseits aber auch an den schwierigen Rahmenbedingungen. Wenn in Bulgarien die Hälfte der Gesamtbevölkerung in Armut lebt, dann müssen auch die Anstrengungen scheitern, die Situation der ohnehin schon stigmatisiertesten Gruppen zu verbessern. Allein Migration und die damit verbundenen Rücküberweisungen hätten seit dem Wegfall der Visapflicht die Armut etwas gelindert, ist Tomova überzeugt.

Und doch fällt der Ausblick zwiespältig aus. Denn es sind vor allem die aktiven und minimal Gebildeten, die das Land verlassen. Zurück bleiben die Schwächsten und Allerärmsten, was Nährboden für ein weiteres Anwachsen des Rassismus bietet. Die soziale Isolation der Roma wird sich vertiefen, und die Ghettos drohen damit endgültig zu Orten zu werden, in denen Kriminalität und Drogenmissbrauch zur Norm werden. «Das heisst, wenn sich nicht auch hier etwas ändert, werden wir in den Ghettos tatsächlich bald Zustände haben wie in Afrika oder Südamerika», fürchtet Tomova. ■

**Dirk Auer ist freier Journalist für die Länder Südosteuropas mit Sitz in Belgien.*

Wirtschaftliche Dauerkrise

Nicht nur für die Roma, auch für die Mehrheit der Bulgaren hat sich der Traum von einem höheren Lebensstandard bislang nicht erfüllt. Dabei klingen die offiziellen Zahlen märchenhaft: Defizit, Staatsverschuldung und Inflation sind geringer als in den meisten anderen Volkswirtschaften der EU. Für die strikte Budgetdisziplin gab es Lob aus Brüssel, doch nach und nach werden die Kosten sichtbar: Renten und Gehälter wurden nicht erhöht, das Gesundheitssystem ist in einem jämmerlichen Zustand. Das bulgarische Rote Kreuz schätzt die Zahl der sozial Schwachen im Land auf 1,5 Millionen, bei einer Gesamtbevölkerung von 7 Millionen. Mehr als 300 000 Menschen hat die Hilfsorganisation im vergangenen Jahr mit Grundnahrungsmitteln wie Brot, Mehl oder Linsen versorgt. Und die Zahl der Bedürftigen nimmt weiter zu.

Aus dem Alltag von ...

Mattia Poretti, Leiter des Schweizer Erweiterungsbeitrags-Büros in Sofia

Mit seinen zahlreichen Parks und Grünanlagen lebt es sich in Sofia sehr angenehm. Seit 2012 lebe ich hier mit meiner Frau und unseren beiden Kindern im Alter von fünf und sechs Jahren. Wir fühlen uns hier wohl. Die Bulgaren haben uns sehr wohlwollend aufgenommen. Für meine aus Serbien stammende Frau war die Integration hier einfacher als in der Schweiz, weil Bulgarisch verwandt ist mit Serbisch. Meine Kinder haben sich ebenfalls problemlos eingelebt und sind nun viersprachig, sprechen sie doch schon Italienisch, Serbisch und Französisch. Langsam wird's fast ein bisschen viel.

Ich wohne rund fünf Kilometer vom Büro entfernt, das sich in den Räumlichkeiten der Schweizer Botschaft befindet. Ich fahre mit der Metro oder manchmal mit dem Taxi hin. Die Arbeit unseres kleinen, dreiköpfigen Teams ist mit derjenigen in einem klassischen Kooperationsbüro nicht zu vergleichen. Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags erarbeiten die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) alle Projekte mit der Regierung vor Ort. Deshalb kam die politische Krise in diesem Jahr besonders ungelegen: Der Verpflichtungszeitraum für unseren Kredit dauert bis zum 7. Dezember – bis dahin müssen alle Projekte startbereit sein und von den bulgarischen Behörden grünes Licht erhalten haben.

Bisher hatte ich kaum Gelegenheit, Projekte zu besuchen, deren Umsetzung bereits begonnen hat. Mein Arbeitstag ist praktisch vollständig der Pla-



DEZA

Wir unterstützen die Behörden vorab darin, mehr Krippen- und Kita-Plätze anzubieten. Die Mehrheit der Roma-Kinder sind vom Vorschulsystem ausgeschlossen; sie kommen ohne jede Vorbereitung in die Primarschule und können dann dem Unterricht nicht folgen. Wir wollen die Roma auf Primarschulstufe aus den Ghettos holen und sie in die von den übrigen Bulgaren besuchten Schulen integrieren. Gleichzeitig soll das Programm den Roma den Zugang zum Gesundheitssystem erleichtern. Die DEZA hat entschieden, die Umsetzung dieses Projekts nicht zu delegieren und direkt mit den betroffenen Ministerien und Stadtverwaltungen zusammenzuarbeiten. Ich leite das Ganze, vertrete das Geberland und bin zugleich für die Umsetzung verantwortlich. All diese Funktionen zu vereinen, ist nicht immer einfach, gibt mir aber grösseren Entscheidungsspielraum.

Im Gegensatz zur EU, die Projekte des Empfängerlands lediglich finanziert, unterstützt die Schweiz auch deren Umsetzung – in Bulgarien ein echter Mehrwert, da der Staat hier seine Kapazität zur Durchführung von Reformen erst noch festigen muss. Diese sind umso notwendiger, als die wirtschaftliche Lage schwierig ist. Das Durchschnittseinkommen von 333 Euro ist das niedrigste der ganzen EU. Dabei verfügt das Land über grosses Potenzial: vor allem aufgrund seines Humankapitals und seiner natürlichen Ressourcen. ■

(Aufgezeichnet von Jane-Lise Schneeberger; aus dem Französischen)

«Die Mehrheit der Roma-Kinder sind vom Vorschulsystem ausgeschlossen.»

nung unserer künftigen Aktivitäten gewidmet. Doch kommendes Jahr will ich häufiger vor Ort reisen, um die Umsetzung mitzuverfolgen.

Momentan investiere ich viel Zeit und Energie in die Planung zweier grosser Programme: Das eine zielt auf die soziale Eingliederung der Roma ab, das andere auf die Einführung der dualen Lehre in der Berufsbildung. Ersteres betrifft ein äusserst heikles Thema, das man taktvoll und geduldig angehen muss, und das in sechs Städten anlaufen soll.

Abbau von Ungleichgewichten

Die Schweiz hat Bulgarien 76 Millionen Franken zugeteilt, um die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit innerhalb der EU, aber auch im Land selbst abzubauen. Diese Hilfe ist Teil des Schweizer EU-Erweiterungsbeitrags. Finanziert werden die Projekte von den beiden Akteuren der Schweizer Kooperation: Die DEZA arbeitet hauptsächlich in den Bereichen gesellschaftliche Entwicklung (Arbeit, Bildung, Gesundheit), Sicherheit (Jugendkriminalität, Jugendgerichtsbarkeit, Kriminaltechnik) sowie Forschung, Stipendien und Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) konzentriert sich auf die Infrastrukturen und den Umweltschutz (u.a. Pestizideinsatz und Ersatz der Trams in Sofia).
www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Bulgarien)
www.swiss-contribution.admin.ch/bulgaria

Notfallpatientin Hoffnung

Ich bin Anton und stehe an der Schwelle eines Neubeginns. In einem der Videoclips der Band Chase & Status endet ein Fernsehmoderator seine Sendung mit den Worten «If you can't be good, be honest». Als ich noch selber vor den TV-Kameras stand, versuchte ich beides zu sein. Jetzt sehe ich mich anderweitig um, dies zu erreichen.

Für mich und mein ganzes Land war letztes Jahr ausserordentlich wichtig. Auf Strassen und Plätzen überdachten die Bulgaren ihre Haltung gegenüber den Regierenden. Ich wiederum überprüfte meine Beziehungen zu den Menschen um mich herum und merkte, wie sorgfältig aufgebaute Täuschungen und Lügen, eine nach der anderen, zerbröckelten. Und wie Sokrates begriff ich, dass ich nichts weiss. Doch beim Durchsieben der Menschen um mich herum entdeckte ich einen speziellen Menschen (wieder) – die Dame meines Herzens. Und so begann ich den Tag mit gesundem Frühstück und einem Chat mit ihr, bei dem sie mir von einem Vorfall am vorigen Tag erzählte, der einem den Hals zuschnürt und ein gnadenlos unverhülltes Urteil über unseren Staat und einen Teil der Menschen abgibt.

Sie berichtete mir, wie sie auf dem Nachhauseweg von der Arbeit auf der Strasse einen Obdachlosen in hilflosem Zustand sah. Daraufhin rief sie die Notfallnummer an, kaufte dem Bedürftigen eine Flasche Wasser und wartete auf den Rettungswagen. Die Ärzte des Erste-Hilfe-Teams jedoch sagten ihr, dass sie sich dem Mann nicht annehmen könnten, weil er keine Papiere auf sich trage. Doch es war offensichtlich, dass sie sich einfach vor ihm ekelten, und gaben ihr zu verstehen, dass in solchen Fällen in der Regel die Polizei eingeschaltet werden sollte, was sie denn auch taten. Nach anderthalb Stunden traf endlich ein Streifenwagen ein obwohl sich ganz in der Nähe ein

Polizeiposten befand. Während des Wartens torkelte ein Betrunkener vorbei, der den Obdachlosen auf gröbste beschimpfte, ihn verprügeln wollte und anfauchte, dass wegen solcher Typen wie ihm nicht genügend Krankenwagen unterwegs seien und deswegen seine Mutter vor kurzem verschieden sei.

Tatsächlich gibt es in Sofia nicht genügend Krankenwagen und die Ärzte sind unterbezahlt. Diese Geschichte aber dreht sich nicht darum. Und auch nicht um den Eid des Hippokrates. Dies ist eine Geschichte über fehlende Hoffnung. Denn an Stelle des Obdachlosen könnte ich selbst, die Dame meines Herzens, der Betrunkene – könnten die Notfallärzte oder die Polizisten stehen. Obdachlose gibt es auch in der Schweiz, in Deutschland oder den USA. Aber dort gibt es auch Hoffnung. Anfang der 1990er-Jahre mangelte es in Bulgarien an gewissen Waren. Jetzt gibt es Waren zuhauf, aber keine Hoffnung. Viele Landsleute verliessen das Land, und zwar nicht, um Johann oder John ihre Arbeit wegzunehmen oder um Millionen zu werden. Sie emigrierten, um Hoffnung zu finden.

Vor einem Jahr schrieb ich in einem Aufsatz, dass die grösste Partei hierzulande «Verstörtes Bulgarien» heisst. Nach zwei Jahrzehnten des Wandels gehören die meisten meiner Landsleute diesem imaginären Subjekt an. Ich schrieb, dass diese Bewegung nicht nur eine politische, sondern auch eine kulturelle, psychologische und eine Verhaltensbewegung ist. Irgendwo in diesem Umherirren begann die Hoffnung zu schwinden und jeder fing an, nur sich selber zu retten – ein besonderer innerer Eskapismus und dies, obwohl bei uns die Redewendung «Die Hoffnung stirbt zuletzt» populär ist.

Ich bin Anton und stehe an der Schwelle eines Neubeginns. Ich werde in einem Krankenwagen arbeiten – in einem Erste-Hilfe-Team zur Reanimierung der Hoffnung. Nur so kann ich gut und ehrlich sein. Klar, damit werde ich den Staat kaum ändern und wohl auch meine Landsleute nicht aus der erstickenden Umarmung der Apathie herausreissen. Aber ich kann ein Beispiel geben. Einen Weg mit unklaren Umrissen, jedoch mit einem Endziel, das sich lohnt. ■

(Aus dem Bulgarischen)



Anton Andonov arbeitet in Sofia als Journalist, Drehbuchautor und Berater im Bereich der öffentlichen Kommunikation. Fast zehn Jahre gehörte er zum Team der populärsten Fernsehshow in Bulgarien. 2013 wurde er Moderator der TV-Show «Wach auf» – eine Wochenend-Morgensendung des nationalen TV-Senders Nova TV. Gegenwärtig arbeitet er an eigenen Projekten und entwickelt seinen Blog. <http://antonandonov.bg>



Westafrikas migrierende Kinder

In Westafrika machen sich Jahr für Jahr mehrere Zehntausend Minderjährige unbegleitet auf die Suche nach Arbeit oder Ausbildung und riskieren dabei Kopf und Kragen. Ihnen drohen Menschenhandel, Ausbeutung oder andere Übergriffe. Die DEZA kofinanziert ein regionales Netzwerk, welches sich um gestrandete jugendliche Migranten kümmert und sie zurück in ihre Familien führt.



In einem Transitzentrum in der Hauptstadt der Elfenbeinküste Abidjan warten aufgegriffene Migrantenkinder darauf, durch ein regionales Netzwerk zu ihrem Schutz wieder in ein familiäres und soziales Umfeld integriert zu werden.

(jls) In Westafrika, wo die Bevölkerung traditions-gemäss sehr mobil ist, gibt es immer mehr Kindermigranten. Immer früher verlassen sie – mehr oder weniger freiwillig – ihr Zuhause auf der Suche nach einem familiären Zusatzeinkommen, einer Zukunftsperspektive oder einer Ausbildung. Bisweilen jedoch wird die Migration zum Albtraum: Minderjährige werden von internationalen Menschenhändlerringen aufgegriffen oder von Schiebern vermittelt, die deren Lohn einsacken. Sie werden zu Fronarbeit gezwungen, sexuell ausgebeutet, misshandelt oder zu Opfern anderer Übergriffe.

Schützen, reintegrieren, begleiten

Gelingt es ihnen zu fliehen oder wirft sie ihr Patron auf die Strasse, sind die Kinder sich selbst überlassen. Bisher existierten auf regionaler Ebene keine Strukturen zu ihrer Reintegration. Deshalb hat seit 2005 die Schweizerische Stiftung des internationalen Sozialdiensts (SSI) das «Netzwerk Westafrika zum Schutz der Kinder» aufgebaut. Was einst in drei Ländern begann, hat sich bis heute auf die 15 Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) ausgedehnt. Jedes Jahr nimmt sich das Netzwerk rund tausend

in Schwierigkeiten geratener Kinder und Jugendlicher zwischen 3 und 25 Jahren an. Sobald sie identifiziert sind und ihre psychosoziale Situation evaluiert ist, wird ihre Rückkehr organisiert – sofern dies in ihrem Interesse liegt. «Wir setzen sie nicht einfach an der Grenze ab», unterstreicht Olivier Geissler, SSI-Programmverantwortlicher, «sondern bemühen uns, sie in ein familiäres und soziales Umfeld zu reintegrieren, indem wir ihnen ein Bildungs- oder berufliches Projekt vorschlagen.» Die Betreuung ist während zweier Jahre garantiert. In jedem Mitgliedstaat verfügt das Netzwerk über eine NGO als Partnerorganisation, die die Aktivitäten der nationalen Akteure koordiniert und überwacht. Diese nimmt – neben den betroffenen Ministerien und der Ecowas – auch Einsitz im Lenkungsausschuss. «Die meiste Arbeit übernehmen vorderhand die NGOs. Ziel des Netzwerks ist jedoch, die Kapazitäten der Behörden zu stärken, damit sie ihre Kinderschutzaufgaben wahrnehmen», erklärt Geissler. Zur Vereinheitlichung ihrer Praxis wenden die 15 Mitgliedstaaten gleiche Arbeitsmethoden und Standards an. ■

(Aus dem Französischen)

Jugendmobilität begleiten

Ausbeutung, Misshandlung, Gewalt – migrieren Jugendliche, laufen sie beträchtliche Risiken. Die Migration ermöglicht ihnen aber auch, zum Familieneinkommen beizutragen oder neue Kompetenzen zu erwerben. Diese Tatsache wurde von den Staaten lange übergangen, sie setzten Kindermigration einfach mit Menschenhandel gleich. Acht Kinderschutzorganisationen, darunter Terre des Hommes, haben positive und negative Aspekte der Mobilität Jugendlicher in Westafrika analysiert. Ihre 2011 publizierte Studie zeigt auf, dass Migration nicht an sich schlecht ist. Statt sie zu bekämpfen, so die Autoren, sei es besser, sie zu begleiten. Entlang der Mobilitätsachsen brauche es Schutzmechanismen, damit Kindermigranten den negativen Auswirkungen nicht zum Opfer fallen. www.tdh.ch (Westafrika, Mobilität)

Rückkehr nach Tsunami und Krieg

Fischerfamilien im Norden Sri Lankas versuchen den Neuanfang. Mehrfach vertrieben durch Krieg und Tsunami, sind sie in die Ruinen ihrer alten Dörfer zurückgekehrt. Die DEZA hilft beim Wiederaufbau von Schulen und Privathäusern.



Andrea Kuenzly / seif

Der Tsunami im Dezember 2004 forderte über Tausend Tote und liess von vielen Wohnhäusern nicht mehr viel übrig.

Spendenrekord

Der Tsunami vom 26. Dezember 2004 forderte über 225 000 Tote. Am härtesten betroffen waren Indonesien und Sri Lanka, wo entlang der Küsten ganze Dörfer durch die Flutwellen zerstört wurden. Hunderttausende verloren ihr Obdach. Die Nachricht von der Katastrophe löste grosse Solidarität und eine Flut von Spendengeldern für Nothilfe und Wiederaufbau in den betroffenen Regionen aus. In der Schweiz erzielte die Glückskette mit ihren Sammelaktionen ein Rekordergebnis von 227 Millionen Franken. Insgesamt kamen von öffentlichen und privaten Spenderinnen und Spendern aus der Schweiz über 300 Millionen Franken zusammen. Davon wurden 40 Prozent in Sri Lanka investiert.

(gn) Jelomiyathas sitzt vor einer bescheidenen Hütte aus Palmblättern und flickt ein Netz. Hier lebt er mit seiner Frau und zwei Kindern. Vom Betonhaus, das sie nach dem Tsunami mit finanzieller Unterstützung einer internationalen Organisation gebaut hatten, sind nur Teile des Fundaments und baufällige Wände übrig geblieben.

«Als der Krieg 2006 wieder aufflammte, mussten wir fliehen und wurden in einem Lager in Jaffna untergebracht. Ich bin froh, dass wir nun wieder hier sind und einigermaßen in Frieden leben können», erzählt der 40-jährige Fischer. Für den Wiederaufbau des Hauses reicht das Einkommen des Familienvaters jedoch nicht.

Krieg verhindert Wiederaufbau

Einst war die Halbinsel Vadamarachchi East im äussersten Nordosten Sri Lankas ein belebter, von wohlhabenden Bauern und Fischern bewohnter Küstenstreifen. Ab 1989 wurden die Menschen jedoch wiederholt durch den Bürgerkrieg vertrieben. Der Tsunami vom 26. Dezember 2004 fiel in eine relativ friedliche Periode, viele waren damals in ihre Dörfer zurückgekehrt.

Die Flutwelle zerstörte das wieder aufkeimende Leben und forderte allein in Vadamarachchi East rund tausend Tote. Der neu entbrannte Krieg beendete 2006 den Tsunami-Wiederaufbau abrupt. Erst nach dem Sieg der singhalesisch dominierten Armee über die Kämpfer der Tamil Tigers erlaubte die Regierung ab 2010 allmählich die Rückkehr in die zerstörten Dörfer.

Nur wenige ausländische Organisationen, darunter die DEZA, unterstützen diesen zweiten Anlauf des Tsunami-Wiederaufbaus. In fünf Dörfern engagiert sich die Schweiz mit einem neuen ganzheitlichen Ansatz. Dazu gehören der Bau von Schulen und Kindergärten, die Unterstützung der Gemeinden bei ihrer Reorganisation sowie finanzielle und technische Hilfe beim Bau von Privathäusern.

Kein Giebel über der Mitte

Auch Jelomiyathas kann sein Haus wieder aufbauen. «Die DEZA unterstützt uns mit 550 000 Rupies (rund 3800 Franken)», sagt der Fischer. Als Bauherr bestimmt er Grundriss und Grösse des Hauses, kauft das Baumaterial und stellt Handwerker an. Dabei wird er von DEZA-Mitarbeitenden begleitet: Sie liefern technische Beratung, lehren in Kursen handwerkliche Fertigkeiten und stehen mit Rat und Tat zur Seite. Die finanzielle Unterstützung wird in Tranchen, je nach Baufortschritt, ausbezahlt. «Der Vorteil dieses Ansatzes ist, dass der Begünstigte die Verantwortung für sein Haus von Anfang an selber übernimmt, Grösse und Ausbaustandard bestimmen kann und am Schluss viel zufriedener ist, als jene, die ein schlüsselfertiges Haus erhalten», sagt DEZA-Projektleiter Martin Studer.

Wichtig sind dabei auch traditionelle Eigenheiten: Der grösste Raum im Haus einer Hindu-Familie etwa ist der Altarraum. Dieser liegt in grösstmöglicher Distanz diagonal zur Küche. Zudem darf der Dachgiebel nicht über der Hausmitte liegen, weil dies Ungemach bringe. «Unsere Kollegen meinten zuerst, wir könnten nicht zeichnen, als wir die ersten Entwürfe für die Häuser nach Bern schickten», erzählt Martin Studer lachend.

Die eindrücklichen Walmdächer, welche die neuen Häuser vor Wind und Regen schützen und den



Offroad Reports GmbH (2)

Neuanfang auf Vadamarachchi East: Die DEZA unterstützt Rückkehrer beim Bau solider Privathäuser.



regelmässigen Zyklonen standhalten müssen, sind eine Weiterentwicklung der lokalen Bauweise: Sie sind steil, damit der Regen abläuft, und an die Hausmauern angebunden, die mit zwei armierten Betongürteln auf Boden- und Fensterhöhe verstärkt werden. Weil die Häuser hier buchstäblich auf Sand gebaut sind, braucht es solche Massnahmen zur Stabilisierung.

Geschenk mit Kosten

Diese Arbeitsschritte sind auf der Baustelle von Vallipuram und seiner Frau Mahendraraga bereits abgeschlossen. Gemeinsam mit dem Paar bereitet der DEZA-Berater die nächste Etappe beim Bau des Hauses vor: In den kommenden Tagen wird das Holz für die Tür- und Fensterrahmen geliefert. Mahendraraga, die ihren Bruder im Krieg und den Sohn beim Tsunami verloren hat, freut sich auf ihr neues Heim. Den Boden will das Paar mit Steinplatten belegen, die Küche kacheln. Um sich diese Extras leisten zu können, mussten sie ein Darlehen aufnehmen. «Für uns wird es schwierig, das Geld zurückzuzahlen», sagt Mahendraraga. «Aber

schliesslich erhält man nur einmal im Leben ein Haus.»

So oder ähnlich tönt es auf praktisch allen Baustellen in Vadamarachchi East. Die DEZA-Fachleute leisten nicht nur technische Unterstützung, sie helfen auch bei der finanziellen Planung. So hat Vallipuram, um die Kosten möglichst tief zu halten, die Ziegel für das Haus selber hergestellt und den Maurer tatkräftig bei der Arbeit unterstützt. Den Kredit hingegen muss er mit seinem unregelmässigen Einkommen aus dem Fischfang zurückzahlen.

Unsichere Zukunft

Das Wiederaufbauprogramm der DEZA in Vadamarachchi East dauert noch bis Ende 2015. Der Aufbau der dörflichen Infrastruktur sowie die Unterstützung beim Bau der Privathäuser sind wichtige Faktoren für einen erfolgreichen Neuanfang der Rückkehrenden.

Die längerfristige Entwicklung allerdings ist alles andere als gesichert, wie Martin Studer einräumt: «Die Infrastruktur ist nun wieder da, man hat Eisenbahn, Strassen, Schulen und Häuser. Was es aber braucht, damit die Leute hier eine Zukunft haben und bleiben, sind zusätzliche Arbeitsplätze ausserhalb von Fischerei und Landwirtschaft. Zudem braucht es politische Stabilität und Autonomie auf Provinzebene.» Hier ist die srilankische Regierung gefordert, welche Rahmenbedingungen schaffen und Impulse geben muss, damit die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den ehemaligen Bürgerkriegsgebieten im Norden in Gang kommt. ■

Zurück in die Dörfer

Im Rahmen des von der srilankischen Regierung lancierten Programms «Cash for Repair and Reconstruction» erhielten Betroffene nach dem Tsunami direkte finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau ihrer Privathäuser. Gemeinsam mit der Glückskette, dem Schweizerischen Roten Kreuz und dem HEKS unterstützte die DEZA in den Distrikten Matara und Trincomalee 10 500 Hausbesitzer. Für Reparaturen wurden pro Familie 1000 US-Dollar bereitgestellt, wer neu bauen musste, erhielt 2500 Dollar. Das Geld wurde in Tranchen ausbezahlt, die Arbeiten von den Hilfsorganisationen begleitet. Seit 2010 erfolgt der Wiederaufbau im Norden nach dem gleichen Prinzip. Die Humanitäre Hilfe der DEZA engagiert sich in 38 Dörfern. Dabei verfolgt sie einen ganzheitlichen Ansatz, der – über den Bau von Häusern hinaus – Leben in die zerstörten Dörfer zurückbringen soll.

Einblick DEZA



Neue Vizedirektorin und Chefin Ostzusammenarbeit

(bf) Elisabeth von Capeller ist Ende August zur DEZA-Vizedirektorin und Chefin Ostzusammenarbeit ernannt worden. Der Bundesrat verlieh der 53-Jährigen für die Ausübung dieser Funktion ausserdem den Botschaftertitel. Elisabeth von Capeller führte zuletzt seit 2011 die Abteilung

Südasiens, welche innerhalb der DEZA das Kompetenzzentrum für Konflikte und Menschenrechte bildet. Nach ihrem Studium als Ingenieur Agronomin ETHZ und Forschungstätigkeiten begann sie 1989 ihre Laufbahn in der Entwicklungszusammenarbeit als Junior Programme Officer der DEZA und arbeitete danach bei Fastenopfer. In der DEZA führte sie ihre Laufbahn in den Themenschwerpunkten Gender, nachhaltige Ressourcennutzung und im Bereich Konflikte und Menschenrechte weiter. Nach verschiedenen Funktionen in Bern übernahm sie die Funktion Head of Cooperation in Nepals Hauptstadt Kathmandu.

Rumänien: Menschenhandel im Visier

(kelli) Auch sieben Jahre nach dem EU-Beitritt bleibt der Kampf gegen den Menschenhandel und das organisierte Verbrechen dahinter eine der grössten Herausforderungen Rumäniens. Dies macht sich auch hierzulande bemerkbar: 2013 konnten 43 Prozent der entsprechenden Fälle nach Rumänien zurückverfolgt werden. Die Schweiz finanziert zwei Projekte zur Bekämpfung des Menschenhandels in Rumänien. Zum einen soll die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der Schweiz in der Identifizierung und Bekämpfung von Menschenhandel gestärkt werden. Fedpol und die Genfer Kantonspolizei tragen mit ihrer Erfahrung und ihrem Fachwissen als Schweizer Partner zum Projekt bei. Zum anderen werden rumänische NGOs unterstützt, die Opfer von Menschenhandel betreuen und ihre Reintegration fördern. *Projektdauer: 2014-2018*
Volumen: 2.5 Millionen CHF

Grundwasser: Bessere Analysen

(jah) Grundwasser gilt oft als qualitativ hochstehend. Dabei kann es stark mit chemischen Substanzen belastet sein, die natürlicherweise im Boden vorkommen: Rund zehn Prozent der Brunnen sind mit Arsen oder Fluor geologischen Ursprungs verseucht. Wird dieses Wasser über längere Zeit konsumiert, können – insbesondere in Kombination mit Mangelernährung – Krankheiten mit schwerwiegenden Folgen auftreten. Das Schweizer Forschungsinstitut Eawag entwickelt mit DEZA-Unterstützung eine Plattform zur Publikation von Auswertungen zur Grundwasserqualität. Damit sollen Karten mit der Angabe betrof-



DEZA

ener Gebiete sowie Analysen und Handlungsempfehlungen zugänglich gemacht werden, um sowohl internationale Organisationen als auch Behörden zu sensibilisieren und sie bei Entscheidungsprozessen zu unterstützen. *Projektdauer: 2014-2016*
Volumen: 1.5 Millionen CHF

Ebola: Kampf dem Virus

(ung) Angesichts der Ebola-Epidemie in Westafrika hat die Humanitäre Hilfe der Schweiz einen Gesamtbetrag von 3.65 Millionen Franken für den internationalen Kampf gegen das Virus freigegeben. Die Finanzierung unterstützt insbesondere die Schweizer Sektion von Ärzte ohne Grenzen (MSF) bei ihrem Einsatz im Norden Liberias sowie das Welternährungsprogramm, welches im Kampf gegen die Nahrungsmittelkrise – eine direkte Folge der Epidemie – ein regionales Nothilfeprogramm betreibt. Ein Teil der Hilfsgelder finanziert darüber hinaus regionale humanitäre Flugdienste. Mit Unterstützung der DEZA konnten bereits schnell Hilfsgüter vor Ort gebracht sowie eine Informationskampagne bei der Bevölkerung durchgeführt werden. Je nach Verlauf der Situation werden weitere Schritte eingeleitet und rasch umgesetzt. *Projektdauer: März-Oktober 2014*
Volumen: 3.65 Millionen CHF

Gaza: Mehr Geld

(ung) Für die humanitären Bedürfnisse, hervorgerufen durch den im Juli im Gaza-Streifen ausgebrochenen Konflikt, hat die DEZA total 3.65 Millionen Franken bereit-

gestellt. Der Betrag wurde dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und verschiedenen UNO-Agenturen wie dem Welternährungsprogramm zugesprochen. Der DEZA-Beitrag unterstützt die internationalen Bestrebungen zur Evakuierung und Versorgung verletzter Zivilpersonen, die Instandstellung sanitärer Infrastrukturen, die Nahrungsmittelverteilung an Familien und die Versorgung mit medizinischem Notmaterial. *Projektdauer: 2014*
Volumen: 4.15 Millionen CHF

Tschad: Gutes Saatgut

(wme) Bäuerliche Familienbetriebe im Tschad bauen als Ernährungsgrundlage vorab Getreide an, doch qualitativ gutes Saatgut ist nur schwer erhältlich. Die



Hélène Vincenzi/FEA/Alf

Produzenten versorgen sich aus der eigenen Ernte oder erwerben wenig fruchtbares Saatgut. Ein DEZA-Projekt will den Zugang der Bauern zu Qualitätssaatgut verbessern, damit sie ihre Produktion intensivieren und ihr Einkommen erhöhen können. Insgesamt zwei Millionen Bauern aus vier Regionen mit Sahel-Sudan-Klima profitieren von der Unterstützung öffentlicher und privater Akteure der Versorgungsketten. *Projektdauer: 2014-2018*
Volumen: 6.4 Millionen CHF

Wie weiter in Afghanistan?

Milliarden flossen in den vergangenen Jahren nach Afghanistan. Ein Teil in die Entwicklungszusammenarbeit, vor allem aber in die militärische Präsenz der NATO-Sicherheitsstruppen im Land. Deren Abzug bietet einerseits Chancen, aber auch Gefahren, wie Marianne Huber, Leiterin des DEZA-Kooperationsbüros in Kabul, im Gespräch mit Gabriela Neuhaus erläutert.



C. Bohl/Hollandse Hoogte/laif

Fehlende Infrastruktur und Sicherheit oder interne Konflikte – Afghanistans Regierung ist mit unglaublich grossen Herausforderungen konfrontiert.

«Eine Welt»: Ist 2014 – mit dem Abzug der internationalen Truppen – für Afghanistan ein Schicksalsjahr?

Marianne Huber: Die eigentliche Zäsur ist, dass Hamid Karzai nach zehn Jahren nun nicht mehr Präsident sein wird. Die neue Regierung wird einiges anders machen, da gibt es Hoffnung. Dazu kommt die Verabschiedung der internationalen Kampftruppen. Diese erfolgt allerdings in Etappen und ist schon seit längerer Zeit in Gang.

Medienberichte zeichnen ein düsteres Bild der Situation: zunehmende Gewalt, keine wirtschaftlichen Perspektiven. Ihre Einschätzung?

Optimistisch stimmt, dass die afghanische Bevölkerung die Wahlen als Chance wahrgenommen hat. Überraschend viele wagten sich trotz Drohungen der Taliban und miserablen Wetter an die Urnen. Sie standen in langen Schlangen, um ihre Stimme abzugeben. Das war ein klares Nein gegen den Rückschritt und gegen die Taliban. Diese

Wahlbeteiligung war eines der positiveren Signale der letzten zwölf Jahre. Sie machte deutlich, dass die Bevölkerung politische Partizipation sinnvoll findet und Teil einer grösseren Welt sein will.

Kann dieser Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung gehen?

Was die kommenden Jahre bringen, ist ungewiss. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Von was wird diese junge Generation künftig leben? Dazu kommt der interne Konflikt mit den militanten Gruppen. Die neue Regierung ist mit unglaublich grossen Herausforderungen konfrontiert. Das Minimum, was passieren muss, ist, dass die internationale Gemeinschaft Bereitschaft signalisiert, sich nach dem Truppenrückzug weiter zu engagieren und für Kontinuität zu sorgen. Allerdings kann sie das nur, wenn die künftige afghanische Regierung drastische Verbesserungen bei der Korruptionsbekämpfung sowie bei den Staatseinnahmen durchsetzt.



Marianne Huber hat ihre Jugend im Iran verbracht und leitet seit 2012 das Kooperationsbüro der DEZA in Kabul. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich eine kleine Geberin, hat aber den Vorteil eines klaren Profils als Partnerin für Entwicklung ohne militärische Agenda in Afghanistan. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes leistete sie in einer ersten Phase vorwiegend humanitäre Hilfe. Seit 2004 fokussiert das Programm vermehrt auf langfristige Entwicklung und Wiederaufbau. In enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen unterstützt die DEZA vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen und engagiert sich für die Einhaltung von Menschenrechten und gute Regierungsführung. Die Schweiz gehört zu den wenigen Gebern, die eine Aufstockung ihres Engagements nach 2014 planen.



Die internationale Präsenz hat auch Positives bewirkt: Im Bildungsbereich gibt es messbare Erfolge und das Land verfügt über bessere Sicherheitskräfte.

Arbeitsintensive Infrastruktur

Mit innovativen Projekten will die DEZA einen Teil der Mittel für Afghanistan direkt für Arbeitsplätze und Entwicklung auf dem Land einsetzen. So führt sie in Bergregionen lokal angepasste Technologien ein, um erodierte und übernutzte Hänge vor weiterer Zerstörung durch Sturzfluten zu schützen. Die arbeitsintensiven Massnahmen gegen Stein- und Schlammlawinen werden von der Bevölkerung selber umgesetzt, was ihr ein Einkommen bringt. Gleichzeitig übernimmt sie damit die Verantwortung für den Schutz ihrer Lebensgrundlagen. In einem weiteren Schritt wird die Landwirtschaftsfakultät der Universität Bamiyan in das Projekt einbezogen: Im Rahmen ihres Studiums verbringen Studierende einige Tage in einem Bergdorf. Was sie dort lernen, gibt ihrer Ausbildung eine neue, konkrete und praxisbezogene Dimension.

Ist dies zu erwarten?

Die internationalen Geber haben sich dazu verpflichtet, die afghanische Polizei und Armee bis 2017 jährlich mit 4 Milliarden US-Dollar zu unterstützen sowie mit weiteren 4 Milliarden an die sozio-ökonomische Entwicklung beizutragen. Das ist wichtig, weil der afghanische Staat die teuren Sicherheitskräfte und die öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit nicht selber bezahlen kann. Alles in allem werden die Mittel aber stark zurückgehen. Wenn man jedoch sieht, welche Summen in den letzten Jahren durch Korruption verschwunden sind, stellt sich die Frage, wieviel Geld es überhaupt braucht. Wenn alle Mittel ankommen und richtig eingesetzt würden, wäre wohl genügend vorhanden. Dafür müsste aber die Korruption wirkungsvoll eingedämmt werden – ein dringend notwendiger, aber schwieriger Schritt. Dies vor allem, weil sich in den letzten Jahren eine Kriegsökonomie entwickelt hat, die horrend Gelder verschlingt. Dazu gehört unter anderem ein Heer von gut bezahlten Beratern, die – von internationalen Agenturen angeheuert – quasi eine Parallelverwaltung in Konkurrenz zu den staatlichen Beamten bilden.

Das heisst, die «Internationale Hilfe» hat Schaden angerichtet?

Sicher nicht nur. Wenn man Afghaninnen und Afghanen fragt, sehen sie klare Fortschritte, verglichen mit den 90er-Jahren. Aber die enormen Geldmengen führten zu Auswüchsen und haben viel Eigeninitiative zerstört. Ein Beispiel dafür ist die Profithaltung der ländlichen Bevölkerung: Muss et-

was repariert oder angeschafft werden, sitzt und wartet man, bis der Geber kommt. Früher haben sich die Leute selber geholfen. Im Frühjahr etwa stellten die Dorfbewohner die Bewässerungssysteme gemeinsam wieder in Stand. Diese Kultur ist heute schwer beschädigt. Noch immer werden in manchen Projekten die Leute dafür bezahlt, dass sie an einer Versammlung teilnehmen. Das ist fatal. Gleichzeitig fragen sich die Menschen aber auch, wo das viele Geld hingekommen ist, weil sich in ihren Dörfern nichts verbessert hat.

Wie ist dies zu erklären?

Ab 2009, als die Truppen für eineinhalb Jahre nochmals aufgestockt wurden, hat man auch die Mittel für zivile Entwicklungsprojekte erhöht. Man tat dies in der Hoffnung, die Bevölkerung damit für die Regierung zu gewinnen und so den Aufständischen den Boden zu entziehen. In dieser Phase ist zu viel Geld in zu kurzer Zeit geflossen. Es gab zahlreiche Projekte, wo Beträge in zweistelliger Millionenhöhe innerhalb eines Jahres ausgegeben werden mussten – ohne Langfristperspektive. Dies führte dazu, dass Projektmanager in erster Linie darum bemüht waren, möglichst viele Verträge abzuschliessen, um Geld loszuwerden. Resultate waren von sekundärer Bedeutung. Millionen um Millionen, die für den Bau von Strassen, Schulen oder Spitälern bereitgestellt wurden, sind so in irgendwelchen Taschen verschwunden.

Dies widerspricht jeglichen Regeln für eine nachhaltige Entwicklung. Wie kam es dazu?

Nach dem Fall der Taliban Ende 2001 zog man in



Beth Wald/Aurora/lat (2)

Die hohe Beteiligung bei den Präsidentschaftswahlen im April 2014 machte deutlich, dass die Bevölkerung politische Partizipation sinnvoll findet und Teil einer grösseren Welt sein will.

Afghanistan – unter Führung der USA – sehr schnell eine Präsidialdemokratie nach amerikanischem Vorbild auf, überliess wichtige Führungspositionen aber weitgehend den siegreichen Warlords. Wohl weil man davor zurückschreckte, sich für 20 bis 30 Jahre zu verpflichten. Dies wäre nötig gewesen, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Als dann die Taliban ab 2005 wieder erstarkten, setzte man auf die militärische Karte.

Hat die internationale Präsenz auch Positives bewirkt?

Dank Investitionen in Ausbildung und Ausrüstung von Polizei und Armee hat Afghanistan heute bessere Sicherheitskräfte. Im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen gibt es messbare Erfolge. Heute können 48 Prozent der Mädchen und 64 Prozent der Buben lesen und schreiben. Gewiss, das sind immer noch viel zu wenige. Aber bei ihren Eltern sind es nur 10 Prozent der Frauen und 25 Prozent der Männer.

Wie steht es aktuell um die Sicherheit?

Regionen, wo die Taliban keine Basis haben, gelten als relativ sicher. Der Einfluss der afghanischen Armee und Polizei ist allerdings regional sehr unterschiedlich: In manchen Gebieten, aus denen sich die internationalen Truppen bereits verabschiedet haben, breiten sich die Taliban wieder aus. Es handelt sich dabei um autonome militante Gruppierungen, die stark auf Kriegslogik setzen und kein Interesse an politischen Lösungen haben. Vielerorts nimmt auch der Opiumanbau wieder zu, weil die Bevölkerung keine anderen wirt-

schaftlichen Perspektiven sieht. Die Verstrickungen zwischen Schattenökonomie und militanter Herrschaft sind kaum unter Kontrolle zu bringen.

Welche Schwerpunkte braucht es nach dem Truppenabzug seitens der internationalen Geber?

Der Abzug der ISAF bedeutet das Ende des integrierten militärisch-zivilen Ansatzes. Damit wird die Entflechtung von Entwicklungsengagement und Investitionen in die afghanischen Sicherheitsorgane weiter vorangetrieben. Das braucht Zeit, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. In den kommenden Jahren müssen staatliche Dienstleistungen weiterhin grösstenteils über Entwicklungsgelder aus dem Ausland finanziert werden. Gleichzeitig braucht es vermehrten Druck der Geber, damit der Staat Korruption aktiv bekämpft und eigene Finanzierungsquellen wie etwa Zolleinnahmen erschliesst und nutzt. Man muss dort weitermachen, wo bereits gewisse Erfolge erzielt wurden: Es braucht konzertierte Anstrengungen für weitere Verbesserungen im Bildungssektor und im Gesundheitswesen. Für die dringend notwendige wirtschaftliche Entwicklung müssen entsprechende Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit geschaffen werden. Die Aufgaben sind enorm – aber wir sollten die Flexibilität und den Mut der Afghaninnen und Afghanen nicht unterschätzen. ■

Truppenabzug bis Ende Jahr

Basierend auf einem Beschluss des UNO-Sicherheitsrats von 2001 waren in den letzten 12 Jahren Truppen aus 49 Nationen in ganz Afghanistan stationiert. Die sogenannte Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF steht unter NATO-Führung. Ihre Aufgabe war, mit militärischen Mitteln für Sicherheit zu sorgen und Wiederaufbau zu leisten. Sie trainierte u.a. 350.000 afghanische Sicherheitskräfte für Polizei und Armee. Diese haben sukzessive die Verantwortung für die Sicherheit im Land übernommen, während die internationalen Soldaten Ende 2014 das Land verlassen. Rund 12.000 ausländische Spezialkräfte werden die einheimischen Sicherheitskräfte in den kommenden Jahren jedoch weiter unterstützen. In der Hoffnung, so eine Destabilisierung der nach wie vor prekären Sicherheitslage zu verhindern.

Der alte Harsch und mein «stummer» Filzschuh

Die Hirtin kümmerte sich in der dumpfen Winterjurte um ihr tägliches Allerlei. Dementsprechend breitete sich eine wohlige, warme und friedliche Ambiance aus. Mal nähte sie eine Festtracht aus einem edleren Stoff, mal setzte sie die fast zerfetzten Bekleidungsstücke ihrer Kinder zu tausend neuen Flickern zusammen. Dabei lag in ihrer Reichweite stets ein hellfärbener, gesteppter und mit Watte gefütterter zylinderförmiger Beutel aus Baumwolle, in dem sie ihre verschiedenfarbigen, meist seidigen Stoffreste neben Fingerhüten, Fäden und Nadeln aufbewahrte. Der Beutel selber war aus unzähligen, kunstvollen und leuchtenden Flickern auf hellem Hintergrund zusammengesetzt. Sein runder gesteppter Boden bestand aus einem dicken, dunkelorangebenen Drillich von 35 Zentimeter Durchmesser, dessen Farben sich grandios ergänzten.

Als das Mädchen in die Jurte

hereinstürmte, bemerkten seine ruhelosen Augen den Baumwollbeutel, der auf dem mit Tierhäuten ausgelegten Boden zu Füßen der Hirtin lag. Der Beutel glich von weitem einem fünfjährigen Kind, welches auf einem glatten, steilen Hügel abwärts auf dem Bauch lag und gerade verhätschelt wurde. Immer wieder tropften aus ihm Stoffreste heraus, deren Farben so unterschiedlich waren wie Steinchen in einem klaren flachen Bachbett an sonnigen Tagen.

Gleichzeitig tanzte das Sonnenlicht durch den Jurtendachkranz. Alte und neue Fingerhüte, gefertigt aus Leder vom Hals eines Bullen oder Schafs und verziert mit unzähligen Nadelstichen, lagen herum. Deren Enden säumte die Hirtin mit den Fäden aus Rindssehnen zu. Ein einziger Fingerhut aus Metall jedoch, so selten wie ein Tagesstern, war glatt und neu und blieb es auch.

Daneben waren auf einem ebenso dicht wie fein gepressten, zusammengerollten Filzstück dicke, dünne, lange und kurze Nadeln aufgesteckt. Die Nadeln für Filz und Rohhäute waren bis zu zwanzig Zentimeter lang. Ein ganz besonderes Objekt war die Spindel. Ging die Ära einer Hirtin ihrem Ende entgegen, gab sie die Spindel einem Mädchen weiter, welches sie von da an pflegte und nutzte.

Mit der Spindel stellte die Hirtin farbenfrohe Fäden aus Rindersehnen, Schafwolle, Kamelwolle, Baumwolle und Seide her, die sich am Spindelrad grob, fest, fein, schmal, stachelig, glatt oder weich herstellen liessen und kostbare Vorräte darstellten. Ihre grössten und feinsten Schätze hob sie als Geschenk für jüngere Landfrauen auf. Ältere Frauen fragten eher nach den Fäden aus Rindersehnen, welche sie für die Sohlen von Filzschuhen benötigten. «Meine Finger sehen aus wie die einer Spinne und eignen sich nicht mehr für feine Kreationen aus Seide», sagte mal eine Alte zu der Hirtin. Die jedoch zuckte daraufhin nur gleichgültig ihre Schultern und streckte ihr gleichzeitig verschmitzt – fast wie einst der berühmte Albert Einstein – ihre Zunge heraus. Die Filzschuhsohlen bestanden aus Bullenhalsleder. Das Mädchen trug genau solche leisen, «stummen» Schuhe seit sie laufen konnte und noch bis ganz viel später, als sie in einem Winter einen Deutschsprachkurs absolvierte.

Wie auf einer vereisten Harschwiese glitt sie mit ihren Filzschuhen einem guten Rutsch gleich durchs «Leben»! Die Filzschuhe rüttelten immer wie-



Gangaamaa Purevdorj Delgerinkhen lebt in Erdenet, der zweitgrössten Stadt der Mongolei. Sie kam 1967, als zehntes von zwölf Kindern einer Viehhüterfamilie, in einer Klinik in Saikhan sum zur Welt und verbrachte die ersten acht Jahre ihres Lebens als Nomadenmädchen in der elterlichen Jurte. Nach ihrer Schulzeit studierte sie an der Technischen Universität Dresden Politikwissenschaft und Deutsch und später an der Universität Regensburg Vergleichende Kulturwissenschaft. Sie hat verschiedene Bücher geschrieben, hält Vorträge und Lesungen. Soeben ist ihr neues Buch, der Prosa-Band «Die vier Zeiten meiner Mongolei», Spielberg Verlag Regensburg, 2014, erschienen.

der all ihre fünf Sinne wach. Auf diese Art – mal mit grössten Verdrehungen, mal mit kuriosesten Verrenkungen – fand das Mädchen zu sich selber und erlangte dadurch die körperliche Verfassung und seelische Grundhaltung, durch die es lernte, auf sich selbst zu horchen, zu balancieren und auch mal umzukehren. Bald schon versöhnten sich die beiden Wirklichkeiten, die weiche und die standhafte, und letztere bescherte dem Mädchen alsbald sogar den einen oder anderen Freudensprung. Im Nachhinein kam es dem Mädchen vor, als hätte der uralte Harsch ihm einst all die Weisheiten und nötigen Instrumente zugeflüstert, welche die Hirtin fortan ein Leben lang begleiteten. ■



Hans Walther

Mal kritisch, mal spöttisch, mal witzig

Eine Wanderausstellung von Latitude 21, dem Neuenburger Verband der Entwicklungszusammenarbeit, zeigt Presse-Karikaturen über die Entwicklungshilfe. Bereits machte die Ausstellung in mehreren Städten in der Romandie sowie in Bern und im Tessin Halt. Letzte Station ist im Dezember Genf.



«Etat» (Auf Französisch doppeldeutig: Staat und Zustand)
William Rasoanaivo alias Pov, Madagaskar

(jls) Latitude 21 hat Karikaturisten aus der Romandie, aus dem frankophonen Afrika sowie Neuenburger Gymnasias-ten eingeladen, Entwicklungshilfe mit spitzer Feder, d.h. zeichnerisch darzustellen. Eingegangen sind mehr als 300 Beiträge; 72 davon wurden berücksichtigt, 19 aus Schülerkreisen und 53 von Profis. Sie wurden nach drei thematischen Gesichtspunkten gegliedert: Der Alltag in Entwicklungsländern mit u.a. Armut, Hunger oder fehlendem Trinkwasser; das Ungleichgewicht in den Nord-Süd-Beziehungen sowie der Ausbeutung von Ressourcen in Entwicklungsländern; und schliesslich die Entwicklungshilfe an sich, bei der die Zeichnerinnen und Zeichner vorab deren Finanzierung, die Motivationen und das Missverhältnis zwischen Hilfe und wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung skizzierten.

Weitere Informationen: www.latitude21.ch



Tony Marchand alias Tony, Schweiz

L'AIDE INTERNATIONALE CORRESPOND-ELLE TOUJOURS AUX BESOINS REELS DES POPULATIONS ?



«Entspricht die internationale Hilfe immer den Bedürfnissen der Bevölkerung?»
Willy Mouelé alias Willy Zekid, Kongo



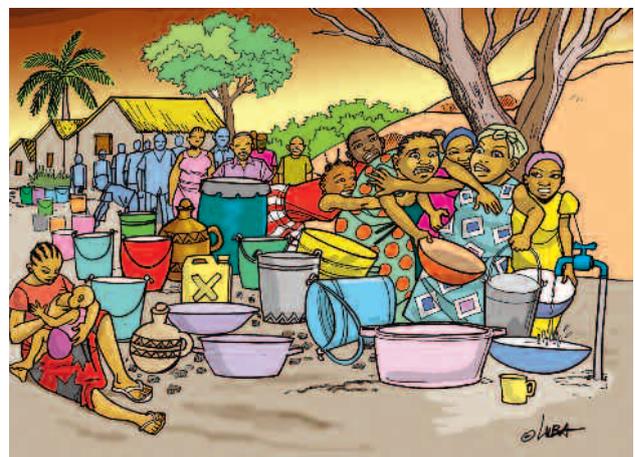
«Haben Sie die Entwicklungshilfe erhalten?» «Ja, danke für die hübschen Gürtel!»
Serena Monterastelli, Gymnasium Jean-Piaget, Neuenburg



«...und nochmals danke, dass Sie der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft geholfen haben!»
Philippe Becquelin alias Mix & Remix, Schweiz



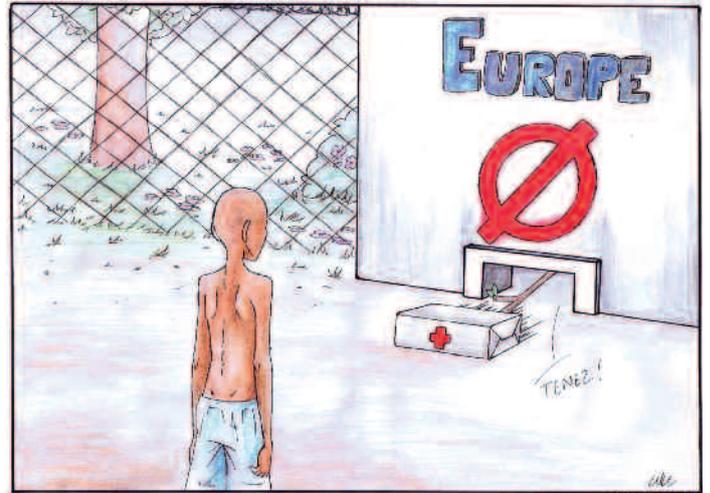
«Und jetzt kommt auch noch der humanitäre Tsunami»
Gérald Hermann alias Hermann, Schweiz



Albert Luba Ntotila alias Luba, Demokratische Republik Kongo



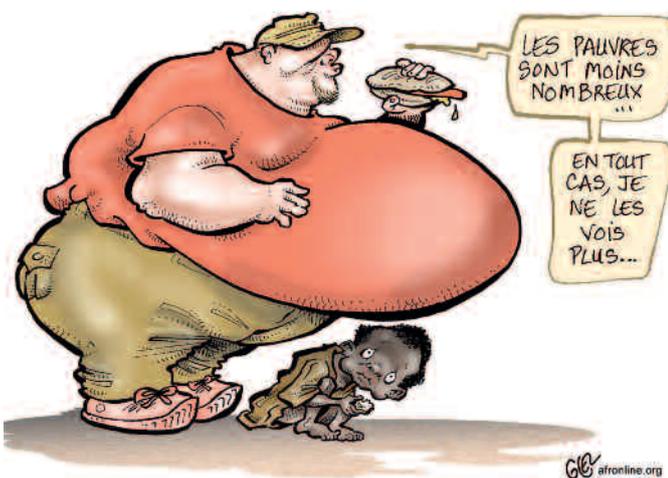
«Wunderbar! Damit werden wir den Stacheldrahtzaun erhöhen können»
Carlo Schneider alias Schneider, Schweiz



«Hier, das ist für Sie»
Ceara Marron, Gymnasium Blaise-Cendrars, La Chaux-de-Fonds



«Nord-Süd-Beziehungen»
Pauline Agustoni, Gymnasium Blaise-Cendrars, La Chaux-de-Fonds



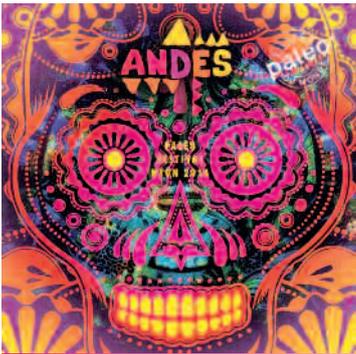
«Es gibt immer weniger Arme ... jedenfalls sehe ich keine mehr...»
Damien Glez alias Glez, Burkina Faso



«Sie sagten doch: Lehre einen Hungernden fischen, und er wird nie wieder hungern»; Patrick Chappatte alias Chappatte, Schweiz

Service

Musik



Pulsierende Lebenslust

(er) Da wird auf vielen Hochzeiten getanzt: Die argentinische Sängerin Mariana Yegros vermählt Electro, Cumbia und Milonga-Anklänge zu einem einzigartigen Stil, in dem sich ihre ungewöhnliche, sinnlich schrille Stimme mit Chamamé-

Rhythmen verbindet. Kubanischer Rumba, afrikanische Highlife- und Blues-Klänge, dazu Liedgut aus ihrer Heimat führen die venezolanische Sängerin Luzmira Zerpa und ihr Kollektiv Family Atlantica in eine tropische Funk-Trance. Beim chilenischen Männertrio Matanza vereinigen sich traditionelle Panflöten- und Trommelfolklore mit Synthesizer-Sounds. Berauschend und beschwingend sind auch die weiteren 13 Tracks des sorgsam zusammengestellten Samplers «Andes», die das musikalische Geschehen im Village du Monde am diesjährigen Paléo Festival Nyon dokumentieren. Das Klangspektrum zwischen Urbanität und Tradition aus Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien, Chile und Argentinien ist facettenreich und faszinierend – es pulsiert pure Lebenslust! Various: «Andes – Paléo Festival Nyon – Village du Monde 2014» (Paléo Festival Nyon / Disques Office)

Rappendes Spoken Word

(er) Wenn es regnet, sieht der Schlamm auf den rostigen Dächern der Hütten wie Schokolade aus. Hier, in seiner «Chocolate City» Kibera bei Nairobi, einem der größten Slums der Welt, wuchs er auf und lebt noch da: der kenianische Hip-Hop-Künstler Octopizzo aka Henry Ohanga, dessen Lieblingstier der Tintenfisch Octopus mit seinen acht Tentakeln ist, weil er «das mächtigste Tier im Meer» sei.



2012 schuf er mit dem lokalen Hit «Ivo Ivo» (Es ist, wie's ist) den Durchbruch und ist jetzt weit über Ostafrika hinaus bekannt. Nun ist der 27-Jährige aufgebrochen, um Europa mit einem hier eingespielten Debütalbum zu erobern. Seine volle, dunkel-warme Stimme trägt in Suaheli und Sheng, dem Slang des Wellblech-Ghettos, engagierte Lyrics um kleine Alltagsdinge vor, erinnert aber auch an blutige Ausschreitungen. Dieses rappende Spoken Word ist instrumental geschickt mit souligen Vibes à la US-Soundästhetik und bisweilen leicht dreckig klingenden Chor-Refrains untermalt. Darüber hinaus tragen mehrere eindruckliche Frauenstimmen zum besonderen Hörerlebnis bei.

Octopizzo: «Chocolate City» (Out Here Records/Musikvertrieb)

Filme

Es war einmal in Anatolien

(bf) Im Mai dieses Jahres hat der Türke Nuri Bilge Ceylan für seinen neusten Film «Winter Sleep» in Cannes die Goldene Palme erhalten und alle waren sich einig: ein verdienter Preis für ein Meisterwerk. Der Regisseur ist kein Unbekannter. Bereits vor zwei Jahren hat er mit «Once upon a Time in Anatolia» eine Arbeit vorgelegt, die in Cannes ausgezeichnet wurde und in der er ins tiefste Innere einer entlegenen Region vordringt, während er rein äusserlich einen Krimi gestaltet. Der Film spielt irgendwo in den Weiten Anatoliens. Der Untersuchungsrichter untersucht einen angeblichen Mord, will Fakten und Klarheiten, die Polizei betreut die Verdächtigen, ein Arzt soll die Obduktion vornehmen. Wo nur ist der Körper begraben? Vor uns entfaltet sich dieser Krimi gewissermassen in Zeitlupe, hineincho-reografiert in die Landschaft und in die Nacht. Der Film thematisiert Lokalgouvernanz auf Anatolisch, schöner kann man das kaum zu sehen bekommen. «Once upon a Time in Anatolia», von Nuri Bilge Ceylan, original Türkisch mit Untertiteln in Deutsch und Französisch. Der neue Film von Nuri Bilge Ceylan, «Winter Sleep», ist ab Ende November in den Kinos zu entdecken. Bestellungen DVD und Informationen: www.trigon-film.org oder Tel. 056 430 12 30

Flüchtlingsdrama

(dg) Ein Küstenort in Senegal: Eine heterogene Gruppe von Männern, die aus unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen wollen, findet sich in den engen Verhältnissen auf einer Piroge wieder. Mit dem schlecht ausgerüsteten Fischerboot wollen sie über den Atlantik bis nach Spanien fahren. Was bei schönem Wetter



wie eine Ferienreise beginnt, endet in einer Katastrophe, als ein Sturm aufkommt: Wasser und Treibstoff werden knapp, mehrere werden über Bord gespült und ertrinken. Die Überlebenden werden von der spanischen Küstenwache gerettet, um kurz darauf mit dem Flugzeug wieder zurück nach Senegal geschickt zu werden. Grösstenteils auf der Piroge gedreht, lässt der dokumentarische Spielfilm das Flüchtlingsdrama hautnah miterleben und zeigt eine tragische Realität hinter den nackten Zahlen der Migrationsstatistik. Der Film gewann an den Journées cinématographiques de Carthage 2012 den Hauptpreis Tanit d'Or.

«Die Piroge» von Moussa Touré, Senegal/Frankreich 2012. Information und Beratung: [education21](http://education21.ch) | Filme für eine Welt, Tel. 031 321 00 30, www.filmeeinewelt.ch

Bittersüsse Romanze in Simbabwe

(jls) Die alleinerziehende Mutter Vimbai arbeitet im angesagtesten Friseursalon von Simbawwes Hauptstadt Harare. Die Kundinnen schwärmen von den flinken Händen ihrer Haarfee – bis eines Tages ein neuer Coiffeur angestellt wird. Der hochbegabte, gut aussehende und aufmerksame Dumisani entthront sie im Nu. Zwar ist Vimbai eifersüchtig auf ihren Rivalen, doch auch sie verfällt seinem Charme und verliebt sich in ihn. Die wohlhabenden Eltern Dumisanis freuen sich, dass ihr Sohn eine Freundin hat, auch wenn diese aus einfachen Verhältnissen stammt.

Bücher und Broschüren

Was Vimbai nicht weiss: Dumisani versteckt mit der Beziehung seine Homosexualität. In seinem ersten Roman erzählt der simbabwische Autor Tendai Huchu nicht nur eine bittersüsse Romanze. Auch prangert er die tief verwurzelte Homophobie seines Landes an, in dem Homosexualität unter Strafe steht. Er malt überdies ein schonungslos offenes Bild des von Hyperinflation, Nahrungsmittelknappheit und Korruption gezeichneten Alltagslebens. *«Der Friseur von Harare» von Tendai Huchu, Peter Hammer Verlag, 2011*

Weisheit des Orients

(bf) Dschalal ad-Din Muhammad Balchi, genannt Rumi, lebte von 1207 bis 1273, war ein persischer Dichter und Theologe, dessen Gedichte weder geografische noch ethnische Grenzen kennen. Die junge iranische Grafikdesignerin Rashin



Kheiriyyeh hat nun eines der Gedichte Rumis für ein Kinderbuch illustriert – witzig, scharf und pointiert. *«Der Kaufmann und der Papagei»* ist eine ebenso zeitlose wie fantastische Geschichte rund um Freiheit und Gefangenschaft, Freundschaft und Weisheit, Leben und Tod. Rashin Kheiriyyeh wurde bereits vielfach für ihre Illustrationen ausgezeichnet, arbeitet für Zeitungen wie die *«New York Times»* oder *«Le monde diplomatique»* und gewann 2011 den Goldenen Apfel der Biennale der Illustration Bratislava. *«Der Kaufmann und der Papagei» von Rashin Kheiriyyeh, NordSüd Verlag Zürich, 2014*

Ungewöhnliche Porträts

(bf) In über 40 Porträts erzählt das Buch *«Visionäre Afrikas»* von aussergewöhnlichen Menschen Afrikas. Von Frauen und Männern, die bewundert werden, geachtet und geliebt, weil sie eine Vision hatten und nicht von ihr liessen, bis sie ihr Ziel erreicht hatten. Für ihr Dorf, ihre Region, ihr Land: als Erfinder, Universitätsgründer, Widerstandskämpferin, Popmusiker, Umweltaktivist oder Schriftstellerin. Alle Porträts sind von Afrikanerinnen und Afrikanern geschrieben, darunter bekannte Namen wie Véronique Tadjo, Monique Ilboudo, Sami Tchak und Patrice Nganang. Herausgegeben wird das Buch vom Senegalesen Moustapha Diallo, der momentan in Deutschland an einem Habilitationprojekt über Interkulturalität arbeitet. *«Visionäre Afrikas» von Moustapha Diallo (Hg.), Peter Hammer Verlag, 2014*

Fernsucht



Die Kulturtaucherin

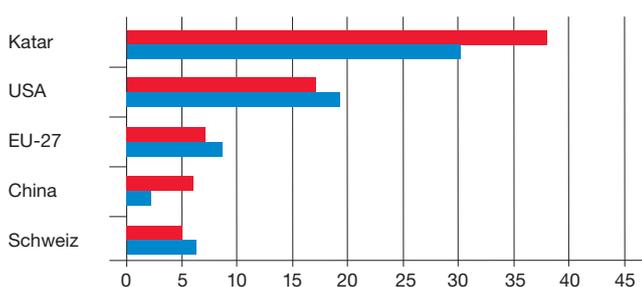
Wo immer sie hinkommt, die Kunstmalerin Maja Hürst bringt mit ihrer unverkennbaren Handschrift TIKA Orte und Menschen zum Sprechen.

Fernsucht im Sinne der Sucht nach Ferne kenne ich nicht. Fernweh hingegen schon. Als das Sehnen nach dem Anderen. Eine Kunst im Leben besteht darin, das zu geniessen, was man um sich hat und die Fernsucht in eine Fernvorfreude zu verwandeln. Weil ich in Kairo, Köln und immer auch mit einem Fuss in Zürich aufgewachsen bin, habe ich dies früh gelernt. Heute möchte ich am liebsten alle drei Monate den Ort wechseln: Berlin, Rio de Janeiro und Zürich – und die restlichen drei Monate irgendwo auf der Welt verbringen. Ich liebe es, in die verschiedenen Kulturen einzutauchen. Mich faszinieren Orte und deren Traditionen. Heute leben alle Völker überall, die Orte werden sich immer ähnlicher. Ich weiss die Vorzüge der globalisierten Welt durchaus zu schätzen – aber die Vergangenheit eines Ortes zu spüren, tut mir gut. Das Wissen, Teil einer langen Kette zu sein, gibt mir Ruhe. Dies thematisiere ich auch in meinen Arbeiten und übertrage immer wieder lokale Geschichten und Sagen in meine eigene Bildsprache TIKA. Sowohl im Atelier wie im öffentlichen Raum.

(Aufgezeichnet von Gabriela Neuhaus)

Der CO₂-Ausstoss pro Kopf aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger

■ Tonnen p/Kopf 2011 ■ Tonnen p/Kopf 1990



Berichtigung

In der letzten Nummer von *«Eine Welt»* hat sich in der Grafik auf S. 19 ein technischer Fehler eingeschlichen, wodurch die Entwicklung des CO₂-Ausstosses pro Kopf in der Schweiz nicht korrekt angegeben worden ist: Die Emissionen haben nicht zusehends abgenommen. Neben ein Auszug der Grafik mit den korrekten Angaben.

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Beat Felber,
Sarah Jaquière, Pierre Maurer, Christina Stucky,
Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)

Gabriela Neuhaus (gn) Jane-Lise
Schneeberger (jls) Mirella Wepf (mw) Ernst
Rieben (er) Luca Beti (italienische Version)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 51 200

Umschlag: Peruanische Wahlgängerin mit Tinte am Finger als Beweis für ihre Stimmabgabe; Brian L. Frank/Redux/laif

ISSN 1661-1667

«Die Gemeindeverwaltungen erhalten mehr Reklamationen, das ist ein spürbarer Erfolg.»

Valbona Karakaçi, Seite 14

«Stolipinovo ist eine soziale Zeitbombe, die in wenigen Jahren explodieren wird, wenn hier nichts passiert.»

Asen Karagyzov, Seite 18

«Ich werde in einem Krankenwagen arbeiten – in einem Erste-Hilfe-Team zur Reanimierung der Hoffnung.»

Anton Andonov, Seite 22
